

29. Dezember 2003

Aus Politik und Zeitgeschichte

B 53/2003



Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.

Redaktion:
Dr. Katharina Belwe
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Hans-Georg Golz
Dr. Ludwig Watzal
Hans G. Bauer
Telefon: (0 18 88) 5 15-0

Internet:
www.das-parlament.de
E-Mail: apuz@bpb.de

Druck:
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main

Vertrieb und Leserservice:
Die Vertriebsabteilung
der Wochenzeitung Das **Parlament**,
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main,
Telefon (0 69) 75 01-42 53,
Telefax (0 69) 75 01-45 02,
E-Mail: parlament@fsd.de,
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung Das **Parlament** einschließlich Beilage zum Preis von Euro 9,57 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis Euro 34,90 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von Euro 3,58 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen
in der Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung
des Herausgebers dar;
sie dienen lediglich der
Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke
hergestellt werden.

ISSN 0479-611 X

Editorial

■ Jede Epoche hat ihre eigene Form, mit Problemen umzugehen. In einer Zeit, in der Politik und Medien nahezu untrennbar miteinander verwoben sind, in der politische Realität Medienrealität ist, lässt sich ohne Beachtung der Gesetze der Medien kaum mehr Politik gestalten. Demokratie wird zur Mediendemokratie; letztlich gelten die Regeln der medialen Darstellung auch für das politische Geschehen selbst. Die Mediendemokratie verändert nicht nur die Politik, sie verändert auch die agierenden Politikerinnen und Politiker – und sie verändert die Medien. Denn der permanente Zwang zur Inszenierung geht auf beiden Seiten mit einem Substanzverlust einher.

■ Politik wird in der Mediengesellschaft zunehmend über die Person des Spitzenpolitikers vermittelt; dieser muss in der Lage sein, die entsprechende Rolle gut zu spielen. Wer dies nicht kann, wird nicht gewählt. Hinzu kommen die unterschiedlichen Geschwindigkeiten von Politik und Medien: Politik ist unendlich viel langsamer als die Medien, die täglich eine neue Schlagzeile, ein neues Bild brauchen. Hier liegen die Fallen für Politikerinnen und Politiker.

■ Bekanntheitsgrad und Popularität von politisch Handelnden hängen in der Mediengesellschaft nicht nur von messbaren Leistungen ab. Wem es gelingt, sich medienwirksam in Szene zu setzen, der kann hier profitieren und seine politische Karriere vorantreiben. Wer um jeden Preis auffallen will, geht – so *Marcus Hoinle* – allerdings das Risiko ein, sich zum Politclown zu machen. Der Grat ist schmal.

■ Dass Politik inszeniert wird und Politikerinnen und Politiker versuchen, ihre Absichten und Leistungen für ein Publikum ins rechte Licht zu rücken, ist nach *Thomas Meyer* nichts Neues. Die qualitativ neue Situation besteht darin, unabhängig von Erfolgen bei einem Massenpublikum die Illusion der Wahrhaftigkeit zu erzeugen. Das geschieht auf dem Wege der medienvermittelten Kommunikation. Demokratische Politik ist nach Auffassung des Autors heute existenziell auf Kommunikationserfolge in der öffentlichen Arena angewiesen, die Parteiendemokratie klassischen Zuschnitts mutiert zur Mediendemokratie. Es handelt sich *Meyer* zufolge dabei um einen wahrhaft dialektischen Vorgang: Die Politik unterwerfe sich den Regeln der Medien, um auf diese Weise die Herrschaft über die Öffentlichkeit zu gewinnen.

■ Dies geschieht heute weit subtiler als etwa in den untergegangenen sozialistischen Systemen. Als zentrales Element der monologischen Kommunikation von oben fungierten in der DDR propagandistische Routinen und Rituale: Die Herrschenden – so *Silke Satjukow* und *Rainer Gries* – kommunizierten mit den Beherrschten durch Rituale, die nicht nur Politik repräsentierten, sondern selbst Politik waren. Die Rituale des Sozialismus sollten nach *Satjukow* und *Gries* ein DDR-eigenes Wir-Verständnis und Wir-Gefühl sowohl öffentlich vorführen als auch tatsächlich aufbauen – vor allem in Abgrenzung zum Westen.

■ Medienwirksame Inszenierungen erfolgen heute nicht nur „von oben“, sondern auch „von unten“. So wird etwa kollektiver Protest in westlichen Gesellschaften im Vorfeld – hinter den Kulissen – detailliert geplant. Dabei geht es um die Wirkung des Protestereignisses auf das Medienpublikum. Die Inszenierung soll zugleich Wirkung bei den Protestteilnehmern selbst erzielen. Wie die nach zwei Seiten gerichtete Inszenierung von Protesten erfolgt, zeigt *Dieter Rucht* am Beispiel der Demonstrationen zum 1. Mai 2002.

Katharina Belwe ■

Marcus Hoinle

Ernst ist das Leben, heiter die Politik

Lachen und Karneval als Wesensmerkmale des Politischen

Lachen in Zeiten des Krieges

Politik macht Spaß. Dies galt zumindest zu Beginn der rot-grünen Koalition unter der Ägide des in den Medien mitunter als „Spaßkanzler“ titulierten Bundeskanzlers Gerhard Schröder. „Regieren macht Spaß“ lautete folgerichtig das Motto des Fraktionsfestes der SPD im Dezember 1998. „Rot macht Spaß“ behauptete ein SPD-Wahlkampfslogan anlässlich der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz im März 2001. Und während die FDP vor der Bundestagswahl 2002 ihr Image als „Spaß- und Eventpartei“[1], „Medienspaßpartei“[2] und „forsche, aber konturlose Frohsinnspartei“[3] pflegte, errang die seit ihrem Gründungsparteitag am 2. Februar 2002 in Magdeburg real existierende „Spaßpartei“ bei den letzten Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern jeweils 0,7 Prozent der Stimmen.

„Politik ist keine Spaßgesellschaft“, stellte der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber am Tag nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im April 2002 vor Pressevertretern fest.[4] Politiker unterschiedlicher Couleur ziehen zum einen gegen die Entsolidarisierung und Entpolitisierung einer ichbezogenen, konsumorientierten Spaßgesellschaft zu Felde und entwerfen gemeinschaftsfördernde Gesellschaftskonzepte, etwa die „Wir-Gesellschaft“ (Angela Merkel/CDU), die „Verantwortungsgesellschaft“ (Ute Vogt und Kerstin Griese/SPD) oder die „Mitmachgesellschaft“ (Cem Özdemir/Bündnis 90/Die Grünen), die der Politik verlorenes Terrain zurückgewinnen und politisches Engagement stärken sollen. Zum anderen ist Politik eine ernste Angelegenheit und spielt sich nicht selten in einem existenzbedrohenden Kontext ab. Renten- und Gesundheitsreform, Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsflaute, Finanznot bei Bund, Ländern und Gemeinden, Umweltverschmutzung, Krankheiten und Seuchen bei Mensch (SARS, AIDS) und Tier (BSE, MKS, Geflügelpest), Kriminalität, Terrorismus und Krieg geben augenscheinlich kaum Anlass zu Heiterkeit oder gar schallendem Gelächter.

Gleichwohl wird seit jeher und nicht erst im Kontext der Spaßgesellschaft über Politiker und politische Ereignisse gelacht – man denke nur an die Komödien des Aristophanes, die zahllosen kursierenden politischen Witze, das politische Kabarett oder die Karikaturen in der politischen Presse. Politiker selbst machen sich in der politischen Auseinandersetzung über ihresgleichen lustig, überziehen ihren politischen Gegner mit Spott und Häme und geben ihn bisweilen der Lächerlichkeit preis. Entgegen der landläufigen Meinung sind Politiker durchaus zu Humor und Selbstironie fähig und bei Gelegenheit zu ausgelassenen Scherzen aufgelegt.[5] Obgleich der Politik Ernsthaftigkeit als genuines Wesensmerkmal inhärent scheint, schätzen auch Volksvertreter Humor und Lachen als politikrelevante Faktoren ein: Carlo Schmid etwa hielt „den Humor für das Salz der Politik“[6], und Richard Stücklen merkte wohl nicht zu Unrecht an: „Bei Politikern, die selbst nicht lachen können, hat das Volk auch nichts zu lachen.“[7]

Lachen in Zeiten des Krieges, der Wirtschaftskrise und der sozialen Konflikte? Dieser vermeintliche Widerspruch wirft die Frage nach den Funktionen auf, die Humor und Lachen auf der Ebene politischen Denkens und Handelns erfüllen. Dabei zeigt sich, dass Lachen und Politik elementare Gemein-

1 Zit. nach: Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 11./12. 5. 2002, S. 4.
2 Zit. nach: Die Zeit vom 3. 5. 2002, S. 5.
3 Zit. nach: Der Spiegel, Nr. 18 vom 29. 4. 2002, S. 28.
4 Zit. nach: SZ vom 23. 4. 2002, S. 3.
5 Dem Frohsinn deutscher Politiker auf der Spur ist etwa die Sammlung humorvoller Zitate aus den ersten sechs Legislaturperioden des Deutschen Bundestages: Lachen links, Heiterkeit rechts. Vergnügliches aus dem Bundestag, hrsg. von Peter Wienand und Manfred Wirbelauer, Düsseldorf 1974; zum Lachen im Deutschen Bundestag vgl. auch Marcus Hoinle, „Heiterkeit im ganzen Hause“ – Über parlamentarisches Lachen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 32 (2001) 2, S. 441–453.
6 So in seiner Dankesrede anlässlich der Verleihung des Ordens „Wider den tierischen Ernst“ in Aachen im Jahre 1958. Zit. nach: Anton M. Keim, 11 Mal politischer Karneval. Weltgeschichte aus der Bütt. Geschichte der demokratischen Narrentradition vom Rhein, Mainz 1981², S. 222.
7 Zit. nach: SZ vom 10. 5. 2002, S. 3.

samkeiten aufweisen, die es für den Einzelnen, für Gruppen und die Gesellschaft möglich machen, selbst in schwierigen Zeiten lachen zu können. Vor dem Hintergrund der Wesensgleichheit von Lachen und Politik findet darüber hinaus seit einigen Jahren gewissermaßen eine Karnevalisierung des öffentlichen Lebens statt, die den Kern der so genannten Spaßgesellschaft bildet und dem politischen Treiben hier und da karnevaleske Züge verleiht. Diese „Karnevalisierung der Politik" lässt auch altbekannte und aktuelle Theoreme der Politikwissenschaft in einem neuen Licht erscheinen.

Die Wesensgleichheit von Lachen und Politik

Lachen ist keineswegs unpolitisch, im Gegenteil, „humor is natural and pervasive in politics"[8]. Denn Lachen und Politik verbindet eine Art Wesensverwandtschaft: Im nach Gemeinschaft strebenden und sprachmächtigen *zoon politikon* spiegelt sich der gemeindebildende und kommunikative Charakter des Lachens wider. Auf dieser Basis erfüllt Lachen politikrelevante Funktionen: Es bildet temporär Gruppen von Gleichgesinnten und stärkt deren Zusammenhalt; es dient als Waffe in der politischen Auseinandersetzung (Lächerlichmachen), kann aber auch Streitigkeiten entschärfen, Aggressionen reduzieren und Spannungen abbauen und so eine Grundlage gemeinsamer Verständigung schaffen; als ein Phänomen der Öffentlichkeit transportiert Lachen nonverbal Botschaften und Sinngehalte, Meinungen und Intentionen; es stiftet zur Kritik an, indem es verborgen gehaltene Sichtweisen demaskiert, und eröffnet neue Perspektiven, da es emotional aufgeladene Situationen rationalisiert. Neben dieser emanzipativ-revolutionären besitzt Lachen jedoch auch eine konservative Funktion. Denn als eine Art Sicherheitsventil trägt Lachen zur Stabilisierung des politischen Systems bei, indem es als Akt der Zustimmung Anpassung und Sozialisation erleichtert, als Chaos wahrgenommene Zustände und selbst soziale Repressionen erträglich machen kann und, da sich im Vorgang des Verlachens die Entmachtung der Mächtigen realisiert, kurzzeitig dem Ideal der Gleichheit nahe kommt. Als ein Mittel sozialer Kontrolle sanktioniert es darüber hinaus Normabweichungen und Grenzverletzungen: Bei Fehlverhalten droht als Strafe das Aus-Lachen der Gruppe im Sinne eines Aus-der-Gruppe-Lachens.

Lachen lässt sich indes nicht nur zur Steuerung und Beeinflussung politischen Denkens, Verhaltens und Handelns instrumentalisieren. Es zeigt überdies wie ein Seismograph gesellschaftliche Veränderungen an. Eingedenk seines eruptiven Charakters, den der Volksmund in vergleichsweise drastischen Bildern körperlicher Erschütterungen zum Ausdruck bringt – „sich totlachen", „sich kranklachen", „sich kaputtlachen", „Lachkrampf" –, kann Lachen als Zeichen für das Vorhandensein und als Maßstab für die Schwere von Missständen und Umbrüchen in der Gesellschaft interpretiert werden: Gelacht wird dort, wo die vertraute Welt in Unordnung geraten und keine andere Reaktion, etwa handelnd oder sprachlich, möglich ist. Lachen gibt indes Gewissheit, jede nur erdenkliche Situation beherrschen zu können, indem es das Schreckliche und Unaussprechliche verkleinert. Es wirkt dadurch stabilisierend bei der Verarbeitung aktueller Problemlagen, für die noch keine politische Lösung gefunden ist.

Störungen der politischen Ordnung manifestieren sich gemeinhin als Wahrnehmung einer Diskrepanz zwischen den realen Gegebenheiten und den politischen Vorstellungen, Idealen, Wünschen, Bedürfnissen und Normen. Für politisches Lachen ist also die Kongruenz von Anspruch und Wirklichkeit bedeutsam: je tiefer die Kluft zwischen Sein und Sollen, desto lauter und nachhaltiger das Lachen. Vor allem in Zeiten des Wandels und der Krise verschärfen sich die Kontraste und mithin das Gelächter. Hier kommt eine weitere Analogie zwischen Politik und Lachen zum Tragen: So wie Letzteres ein historisch-situatives Phänomen ist, das je nach orts- und zeitspezifischem Profil der heterogenen Strukturen sein Gesicht verändert, kennt auch Politik aufgrund des Widerspiels konservativer und progressiver Kräfte die grundsätzliche Vorläufigkeit jeglicher Ordnung und die ländereigene Verschiedenartigkeit der politischen Systeme, Kulturen und Lachkulturen.

Insofern stellt Politik ein weites Feld an Lachgelegenheiten dar. Konstatiert wird indes gemeinhin der Rückgang politischen Humors[9] und der „Niedergang des *Humors in der Politik*"[10]. Die Gründe

8 Charles E. Schutz, Political Humor. From Aristophanes to Sam Ervin, Cranbury, N. J. 1977, S. 45. Humor ist die Gemütsverfassung des Trotzdem, die ungeachtet aller Widrigkeiten und Erschütterungen dem Dasein komische Seiten abgewinnen kann und der Ernsthaftigkeit von Politik mit einem Lachen begegnet.

9 Vgl. Joyce O. Hertzler, Laughter. A Socio-scientific Analysis, Jericho, N.Y. 1970, S. 213.

10 Christian de Nuys-Henkelmann, „Ach, Schnucki . . ." Humor in der Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/ 1985, S. 3–15, hier S. 3 (Hervorhebung im Original).

hierfür sind scheinbar schnell gefunden. Vielfach heißt es, die Deutschen, ohnehin ein „Volk ohne Witz“[11], lebten in einem gut funktionierenden politischen System mit freier Meinungsäußerung und einer Gesellschaft der Mitte ohne tief greifende Spaltung,[12] so dass sich dem politisch motivierten Lachen nicht genügend Angriffsfläche biete. Einer Demokratie, in der jener Leidensdruck fehle, der in Diktaturen vorherrsche und dort Lachen zur Herstellung von Öffentlichkeit und zum Angst- und Frustrationsabbau benötige, stünden andere Formen der Bewältigung politischer Probleme und Missstände zur Verfügung.[13] Joyce O. Hertzler hingegen meint, dass politischer Humor der Freiheit als dessen unabdingbarem Nährboden wegen gerade in Demokratien am besten gedeihe,[14] und Charles E. Schutz behauptet gar, „democratic politics is a kind of comedy“[15]. Einen dritten Standpunkt vertritt Hans Speier. Er zieht aus der Tatsache, dass politische Witze einer gewissen Zeitlosigkeit unterliegen und ungeachtet der Herrschaftsverhältnisse von Generation zu Generation in nur leicht geändertem Gewande fortbestehen, den Schluss: „Für die Lachenden spielte offenbar der Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie keine Rolle.“[16]

Die unterschiedlichen Ansichten resultieren aus den paradoxen Bedingungen des Lachens. Denn das Komische, die elementare Materie des Lachens, verflüchtigt sich in der Tat aus der gewohnten Lebenswelt des Einzelnen.[17] Es entschwindet jedoch, indem es sich partialisiert und grenzüberschreitend ausweitet. Geht man davon aus, dass Lachen durch Inkongruenz und den Aufprall entgegengesetzter, strikt getrennter Sphären, Normen, Meinungen oder Weltanschauungen entsteht,[18] dass es jedoch im Zuge des Zivilisationsprozesses einerseits zu einer Ausdifferenzierung und Ausdehnung von Lebensräumen, andererseits zu einer Überlappung der Grenzzonen und Verminderung der Kontraste zwischen diesen Segmenten kam, so nehmen zwar im Laufe der Zeit die Inkongruenzen und Kollisionen zu, gleichzeitig verringern sich aber das Ausmaß der Nichtübereinstimmung sowie die Heftigkeit des Zusammenpralls.[19] Mit anderen Worten: In einer pluralistischen Demokratie erzeugt die Vielzahl der Berührungs- und Schnittpunkte mannigfaltige Konflikte, Spannungen und Normverstöße, doch diese sind im Regelfall weder total noch radikal, wie sie es in repressiven oder streng regulierten Systemen fast zwangsläufig sein müssen. Lachen büßt in einer Demokratie an funktionaler Bedeutung ein. Es ist mithin weniger aggressiv, wirkt aber auch weniger befreiend, seine Gruppenbildung ist unverbindlicher, seine Botschaft weniger eindeutig.

Man kann daher nicht pauschal von einem Rückgang politischen Humors sprechen. Vielmehr ver-

11 Otto F. Best, Volk ohne Witz. Über ein deutsches Defizit, Frankfurt/M. 1993.

12 Vgl. Klaus Hansen, Das kleine Nein im großen Ja. Witz und Politik in der Bundesrepublik, Opladen 1990, S. 137.

13 Vgl. ebd., S. 137 ff.; vgl. auch Lutz Röhrich, Der Witz. Figuren, Formen, Funktionen, Stuttgart 1977, S. 216; Eike Christian Hirsch, Der Witzableiter oder Schule des Gelächters, Hamburg 1985, S. 252 f.; Gregor Benton, The Origins of the Political Joke, in: Chris Powell/George E.C. Paton (Hrsg.), Humour in Society. Resistance and Control, London 1988, S. 33–55, hier S. 34; Hans-Jochen Gamm, Der Flüsterwitz im Dritten Reich. Mündliche Dokumente zur Lage der Deutschen während des Nationalsozialismus, München 1990[2], S. 190.

14 Vgl. J. O. Hertzler (Anm. 9), S. 145. Allerdings schwinde aufgrund des wachsenden Konformismus und des sich beschleunigenden soziokulturellen Wandels, der das Gespür für die Veränderungen zerstöre, auch in Demokratien allmählich das Lachen.

15 Ch. E. Schutz (Anm. 8), S. 37.

16 Hans Speier, Witz und Politik. Essay über die Macht und das Lachen, Zürich 1975, S. 55. Als Beispiel führt er Witze an, die sowohl gegen Hitler und Stalin als auch gegen Willy Brandt im Umlauf waren.

17 Infolgedessen wächst mit dem Verlangen nach Lachgelegenheiten auch der Bedarf an professionellen Spaßmachern und Possenreißern. So öffneten 1999 in Köln und Hannover Comedy-Schulen ihre Pforten, um vor allem TV-Sender mit jungen Unterhaltungstalenten zu versorgen. Bundesweit entstanden ferner so genannte „Lachclubs“, in denen unter Anleitung in Gruppen gelacht werden kann. Ähnlich britischen Patienten, die eine „Humortherapie“ auf Rezept erhalten, um durch Lachen den Heilungsprozess ihrer Krankheit in Gang zu setzen oder zu beschleunigen, kommt auch in der Bundesrepublik Lachen seit den späten achtziger Jahren als Mittel in der Psychotherapie zur Anwendung. Diese unterschiedlichen Beispiele machen die Bedeutung des Lachens im Alltag deutlich. Zugleich sind sie Indizien seiner Kultivierung und Artifizierung und damit des Verlustes seiner Natürlichkeit.

18 Ein überwiegender Teil der neuzeitlichen Theorien über das Komische lässt sich mutatis mutandis auf diese Kernaussage zurückführen. Zum Beispiel Friedrich Georg Jünger, Über das Komische, Frankfurt/M. 1948 (Orig. 1898), S. 13: „Alles Komische geht aus einem Konflikt hervor“; Henri Bergson, Das Lachen. Ein Essay über die Bedeutung des Komischen, Frankfurt/M. 1988 (Orig. 1900), S. 32 ff.: „Etwas Mechanisches überdeckt etwas Lebendiges“; Joachim Ritter, Über das Lachen, in: ders., Subjektivität. Sechs Aufsätze, Frankfurt/M. 1974 (Orig. 1940), S. 62–92, S. 78: Es gehe darum, „im Komischen die Identität eines Entgegenstehenden und Ausgegrenzten mit dem Ausgrenzenden herzustellen“; Helmut Plessner, Philosophische Anthropologie. Lachen und Weinen. Das Lächeln. Anthropologie der Sinne, Frankfurt/M. 1970, S. 93: Das Komische demonstriere „Gegensinnigkeit als Einheit“; Peter L. Berger, Erlösendes Lachen. Das Komische in der menschlichen Erfahrung, Berlin – New York 1998, S. 7: „Das Komische erscheint als Antithese zu den ernsten Angelegenheiten.“

19 Zum Zivilisationsprozess vgl. Norbert Elias, Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, zwei Bände, Frankfurt/M. 1997[20] (Orig. 1939).

teilen sich dessen Ziele auf eine Fülle von variablen Objekten, wodurch er beständig seine Gestalt verändert. Lachen unter totalitären Verhältnissen fokussiert hingegen eine gleichbleibend knappe Sujetmenge, etwa wenige zentrale Personen, und gründet auf dem Reiz des Verbotenen und Gefährlichen, der Lachlust wie Aufmerksamkeit steigert. In der Enge einer Diktatur treffen politische Witze, während sie in der Weite einer Demokratie, in der politischer Humor den Status des Selbstverständlichen besitzt, so dass Lachenden und ihrem Lachanlass zwangsläufig weniger Augenmerk zuteil wird, an Schärfe verlieren. Ein demokratisch geprägtes, an Normenvielfalt gewöhntes Bewusstsein baut eine erhöhte Erwartungshaltung gegenüber Phänomenen des Extremen auf. Abweichende Denk- und Verhaltensweisen integriert die demokratische Gesellschaft durch die allmähliche Ausweitung ihrer Toleranzgrenzen, so dass sie regressiven, anarchischen oder avantgardistischen Bewegungen die Spitze nimmt. Die Eingliederung ebnet die Gegensätze bis zu einem Grad ein, an dem sich Lachen nur noch stark entfunktionalisiert entzündet.

Da Politik zudem ihrer Natur gemäß eng mit anderen Segmenten der Gesellschaft verflochten ist, vermengen sich die Anlässe politischen Lachens häufig mit anderen Lebenswelten des Menschen, mit Familie, Medizin, Sport, Sexualität, Kunst, Technik und Wirtschaft. Diese Tendenz zur ubiquitären Ausdehnung der Wirk- und Einflusssphären begründet neben dem kommunitären und kommunikativen Wesenszug sowie der strukturellen Polarität und Heterogenität als Entstehungsquellen und Antriebsmotoren eine dritte Gemeinsamkeit von Lachen und Politik. Wie das Politische durchdringt das Komische alle Daseinsbereiche des Menschen, so dass Lachen einerseits kaum noch Tabuschranken kennt und andererseits in erster Linie kulturell geformt sowie ob der Vielfalt der Wechselbeziehungen in zunehmend unterschiedlicher Gestalt auftritt.[20] Auf diese Weise wird die Welt zum einen beständig komischer respektive politischer, zum anderen erschwert aber die übergreifende Politisierung die Markierung des spezifisch Politischen. Folglich mangelt es weniger an politischem Humor als an der Unterscheidbarkeit des politischen Gehalts.[21] Hier zeigt sich letztendlich die Raffinesse politisch motivierten Lachens: Wir lachen vordergründig über Allzumenschliches, dahinter aber verbirgt sich eine politische Botschaft, die wir lachend akzeptieren.[22] Durch diese Doppelbödigkeit lassen sich unangenehme Wahrheiten verdeckt aussprechen, umgekehrt schließt selbst das simple Lächerlichmachen von Politikern einen kritischen Sinngehalt mit ein.

So reduziert der Lachende etwa mit dem Fingerzeig auf Eigenarten oder Defizite moralischer, geistiger und körperlicher Art die Fallhöhe des „Opfers“, über dessen Schwächen und Fehler er sich erhebt.[23] Durch die „vermenschlichende Verkürzung des Abstandes von Regierenden und Regierten“[24] gelingt eine dem realen Machtgefüge nicht entsprechende Egalisierung für den Augenblick des Lachens.[25] In einer modernen demokratischen Gesellschaft sinken indes aufgrund des fortschreitenden Verlustes des Numinosen in der Politik ohnehin Respekt und Furcht vor der politischen Elite. Lachen verstärkt diese Tendenz. Idealiter kommt so auf informellem Weg eine Rückbindung des politischen Systems an die Gesellschaft, das Wachhalten der Öffentlichkeit und eine Steigerung des Engagements zustande. Wer aber mittels Auslachen die Größe der Mächtigen zu schmälern sucht, dokumentiert zugleich seine eigene Ohnmacht. Realiter werden deshalb bestehende Verhältnisse akzeptiert, gar zementiert. Indizien hierfür sind der schleichende Schwund des politischen Kabaretts, der mit der Festigung des politischen Systems der Bundesrepublik einhergeht, aber auch die der These eines

20 Vgl. Heinz Otto Luthe, Komik als Passage, München 1992, S. 189. Neue Ausdrucksformen des Lachens entstanden im 20. Jahrhundert beispielsweise durch Kino und Fernsehen (*slapstick*, *screwball*, *sitcom*).

21 Dass es in politischen Witzen oft mehr um Privates denn um die große Politik geht, konstatiert beispielsweise L. Röhrich (Anm. 13), S. 209.

22 Der Spott über Rudolf Scharpings bedächtige Sprechweise oder seine Stürze vom Fahrrad ist über die allgemeinmenschliche Schadenfreude hinaus erst in zweiter Linie in seiner politischen Relevanz erkennbar, etwa als subkutaner Hinweis auf die vermutete Nicht-Befähigung, hohe Partei- oder Staatsämter zu bekleiden. Ebenso wenig deutlich ist folgender Witz, in dem zunächst die zwischenmenschliche Komponente einer ehelichen Beziehung im Vordergrund steht: Hannelore Kohl zu ihrer Freundin: „Ich habe eine alte Hölderlin-Ausgabe für meinen Mann bekommen.“ Darauf die Freundin: „Guter Tausch!“ Unterschwellig klang vor der Bundestagswahl 1998 zudem der Aufruf zur vermeintlich überfälligen Abwahl eines verbrauchten Kanzlers („alte Hölderlin-Ausgabe“) durch Veränderung der Mehrheiten an. Auf einer weiteren Ebene erscheint Kohl kontrapunktisch zu Hölderlin als wenig intelligent und ungebildet.

23 Das Sich-lustig-Machen über die Defizite anderer Menschen ermöglicht es uns, das Bild, das wir von uns selbst haben, zu filtern und uns selbst als gesunde und schöne Menschen zu sehen. Wir übertragen die potenziellen Absonderlichkeiten unseres Körpers und Geistes auf den Verlachten, vgl. Maurice Lever, Zepter und Narrenkappe. Geschichte des Hofnarren, München 1983, S. 86.

24 Chr. de Nuys-Henkelmann (Anm. 10), S. 4.

25 So auch K. Hansen (Anm. 12), S. 88; ähnlich H. Speier (Anm. 16), S. 38, und Ch. E. Schutz (Anm. 8), S. 44.

Niedergangs politischen Humors widersprechende Unzahl von Witzen und Karikaturen, die Altkanzler Helmut Kohl zum Gegenstand haben.[26]

Über kaum einen Politiker der Bundesrepublik wurde so viel gelacht wie über Helmut Kohl, in Sonderheit zu Beginn seiner Amtszeit als Bundeskanzler. Die Dissonanzen zwischen einem sich volksnah gebenden „Kanzler aller Deutschen" und einem geschickten Parteitaktiker, zwischen provinzieller Ausstrahlung und staatsmännischer Amtseignung sowie zwischen der avisierten geistig-moralischen Wende und handfesten Skandalen sorgten – und sorgen – für ausreichend Lachgelegenheiten. Doch je mehr gelacht wurde, desto gefestigter präsentierte sich trotz realer Stimmverluste die Regierung Kohl. Denn die Volkstümlichkeit entschärfte die Lachattacken, indem sie einerseits die Anlässe des Lachens vermehrte, andererseits aber die Fallhöhe zum lachenden Bürger verminderte: So viel Heiterkeit war nie, wenn auch selten so flach und unverbindlich.

Die Gemeinsamkeiten von Karneval und Politik

Gruppenbildung, kommunikativer Charakter, strukturelle Polarität und Heterogenität sowie Ubiquität stellen nicht nur die Eckpunkte der Wesensgleichheit von Lachen und Politik dar, sie schaffen zudem die Voraussetzung dafür, dass Karneval im 19. Jahrhundert zu einem Vehikel für die Verbreitung politischer Inhalte werden konnte (Politisierung des Karnevals) und das politische Geschehen heute bisweilen karnevaleske Züge annimmt (Karnevalisierung der Politik). Entstehung und Verlauf dieser Entwicklungslinien basieren auf grundlegenden Gemeinsamkeiten von Karneval und Politik, die ihrerseits aus der Geistesverwandtschaft des Lachens und der Politik hervorgehen: Das sind

die für eine aktive Teilnahme am Geschehen keineswegs zwingende, aber das Zusammengehörigkeitsgefühl festigende, Eliten herausbildende und die Vergabe von Machtpositionen regelnde Mitgliedschaft in Karnevalsvereinen respektive Parteien und Verbänden;

das auf Unterhaltung, Überzeugung und Zustimmung abzielende Sprechen coram publico in der Bütt oder am Rednerpult; der politische Aschermittwoch, an dem derbe Sprüche nicht nur erlaubt, sondern geradezu erwartet werden, ist gewissermaßen eine Verlängerung des Karnevals in den politischen Alltag hinein;

das Denken in polaren Schemata (hoch–niedrig, Leben–Tod, Geist–Körper respektive links–rechts, progressiv–konservativ, arm–reich, Regierung–Opposition, Freund–Feind);

das Überschreiten von Grenzen und die Tabulosigkeit bei der Themenwahl; idealiter werden in der Politik auch randständige Problemfelder angesprochen, und marginalisierten Personen und Gruppen, die in der öffentlichen Diskussion keine Stimme haben, wird repräsentativ eine Stimme verliehen.

Karneval ist die spielerische Gefährdung der rationalen Ordnung, die reglementierte Störung des öffentlichen Lebens. Sein subversives, anarchisches Potential erinnert stets an die mögliche Katastrophe, zeigt die Brüchigkeit des soziokulturellen und politischen Systems auf und ermahnt damit zu Disziplin im Alltag. Zum Wesen des Karnevals gehört daher das Bewusstsein von Veränderung, Erneuerung und Vergänglichkeit. Analog wird Politik von der Relativität jeder Herrschaft bestimmt. Vor allem in einer Demokratie ist nichts von Dauer, konstitutiv sind hingegen Wechsel und Ablösung. Andererseits bilden beide Gesetzmäßigkeiten und Konventionen heraus, um Kontinuität im Wandel zu gewährleisten. Vornehmlich Institutionen und Akteure (Elferrat, Karnevalsprinz, Funkenmariechen respektive Parlament, Abgeordnete, Kanzler, Präsident), Zeitpunkte und -räume (11.11., 11.11 Uhr und Rosenmontag respektive Legislaturperiode, Neujahrsansprache) und ritualisierte Abläufe (Ordensverleihung, Zeremonien, Bräuche respektive Amtseid, Haushaltsdebatten, Wahlen) geben Karneval und Politik eine feste Struktur und formen den Erwartungshorizont des Publikums.

Zudem finden beide in der Öffentlichkeit, in Sälen und auf Plätzen, statt und bedürfen daher neben verbaler Artikulation insbesondere der Visualisierung, Symbolisierung und theatralischen Inszenierung (Kostüme, Masken, Narrengericht respektive Flaggen, Parteifarben, Wahlkämpfe). Auf der karnevalistischen und politischen Bühne verbinden sich Präsentation und Repräsentation auf ganz

26 Die zahllosen Kohl-Witze erzeugten ihrerseits Meta-Witze, also Witze über Kohl-Witze: Als sich Kneipenbesucher Zahlen zurufen – „100", „120", „180", „200" –, fragt einer am Tresen: „Was ist denn mit denen los? Streiten die übers Tempolimit?" – „Nö, die streiten, wer von ihnen die meisten Kohl-Witze erzählen kann!". Zit. in: Andreas Schmidt, Politische Autorität im Witz. Zur Grundlage der Prävalenz als Agens des politischen Witzes in der Bundesrepublik Deutschland inklusive eines Forschungsberichts, Darmstadt 1988, S. 161.

spezifische Weise: Die Sündenbockfunktion des Narren spiegelt sich in der Stellvertreterrolle des Politikers wider, die ihn für alle Missstände in der Gesellschaft verantwortlich und – ob zu Recht oder Unrecht – a priori des Lügens, der Faulheit, der Bereicherung, der Bestechlichkeit und der Inkompetenz verdächtig macht. Überdies verkörpern Politiker das öffentliche Gewissen, das sie durch echte oder inszenierte Empörung und Betroffenheit entlasten: „Unsere Politiker tragen den Ernst als Maske, um uns den Ernst der Lage zu ersparen."[27] Ihr Engagement für das Gemeinwesen befreit den Einzelnen von Eigeninitiative und einer über punktuelle Ad-hoc-Aktivitäten hinausgehenden Mitwirkung sowie von konstantem Entscheidungs- und Handlungsdruck, indem sie im Auftrag des Wählers stellvertretend Probleme angehen und – wie dies auch Komödianten, Komiker und Kabarettisten für ihr Publikum tun – Konflikte bewältigen. Damit vermag der Bürger quasi per Stimmabgabe die eigene Unvollkommenheit, seine Ängste und Hoffnungen auf den Repräsentanten zu projizieren und sich zumindest eines Teils seiner Verantwortung für die Gesellschaft zu entledigen.

Wird die Leistung der politischen Repräsentanten als defizitär wahrgenommen, äußern sich Unzufriedenheit und Protest unter anderem in politischen Demonstrationen. Diese ähneln in gewisser Weise Karnevalsumzügen: Beide stellen stabilisierende Faktoren dar, indem sie als Großveranstaltungen zur Kanalisierung einer Massenhandlung beitragen und sich als Ventil für emotional aufgeladene Stimmungen eignen. Fahnen, Parolen, Schlagwörter, Symbole und Kleidung sind gleichsam Masken, die den Einzelnen in eine Gruppe Gleichgesinnter einbetten und seine Rolle auf der politischen Bühne festschreiben. Durch das Anlegen solcher Masken repräsentiert der Träger die Gemeinschaft, für deren Ziele er kämpft.

Die Politisierung des Karnevals und die Karnevalisierung der Politik

Die Politisierung des Karnevals vollzog sich im Gefolge der Säkularisierung, Ideologisierung, Liberalisierung und Pluralisierung um 1830, als der organisierte Karneval zum Sammelbecken für revolutionär-demokratische Strömungen im Kampf gegen die obrigkeitsstaatliche Ordnung, gegen Zensur und politische Repressionen wurde.[28] Unter dem Deckmantel vorgeblicher Brauchtumspflege und harmlos-fröhlicher Heiterkeit bot er eine Plattform für den Ruf nach Freiheit, Gleichheit und nationaler Einheit. Da sich hinter der Maske des Narren die weithin unterdrückte Rede- und Meinungsfreiheit entfalten konnte, wirkte die Errichtung einer temporären Gegenwelt während des Karnevals, in der utopische Zukunftsmodelle und Als-ob-Fiktionen ihren Platz fanden, als Ventil für verwehrte politische Forderungen. Karnevalistische Zusammenschlüsse umgingen die Restriktionen hinsichtlich der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und galten als parlamentarische Schule, die den Bürger für öffentliche Angelegenheiten sensibilisieren sollte.

Mit den Errungenschaften im Zuge der Demokratisierung nach 1848[29] und der Vereinnahmung des Karnevals für die nationale Begeisterung und Militarisierung der Gesellschaft nach der Reichsgründung 1870/71[30] verflachte der revolutionäre Impetus. Einen weiteren Entpolitisierungsschub brachte die Gründung der Bundesrepublik mit sich, da Rede-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit nicht mehr erstritten werden mussten, sondern als Grundrechte fortan verfassungsmäßig garantiert waren. Gezähmt und gemäßigt durch die Integration in die bürgerliche Gesellschaft dient der artifizierte, inszenierte und kommerzialisierte Karneval heute eher der Unterhaltung und Zerstreuung, der Flucht aus dem Alltag und der Bestätigung gegebener Verhältnisse. Infolge der Orientierung an den kleinen menschlichen Schwächen, der Verspottung spießbürgerlichen Gebarens und der Hinwendung zum Klamaukhaften geriet das Politische zusehends aus dem Blickfeld.[31]

Obwohl (oder gerade weil) dem politischen Karneval allmählich der Nährboden seiner Konflikt- und Kritikfähigkeit entzogen worden ist, markiert er einen der Eckpunkte im Identitätsgefüge der Bundesrepublik: „Der rheinische Karneval (. . .) gehörte zur Bonner Republik wie die erfolgreiche Westbindung, die soziale Marktwirtschaft und die

27 Norbert Bolz, Schock des Weltterrors. Wider die Pathosformel der Neuen Ernsthaftigkeit, in: Frankfurter Rundschau vom 6. 11. 2001, S. 17.

28 Zum politischen Karneval vgl. u. a. A. M. Keim (Anm. 6) sowie Michael Müller, Karneval und Politik. Zum Verhältnis zwischen Narren und Obrigkeit am Rhein im 19. Jahrhundert, Koblenz 1993.

29 Zum politischen Karneval nach 1848 vgl. A. M. Keim (Anm. 6), S. 77 ff., und M. Müller (Anm. 28), S. 28 ff.

30 Zum politischen Karneval nach 1870/71 vgl. A. M. Keim (Anm. 6), S. 101 ff., und M. Müller (Anm. 28), S. 31 ff.

31 Zum politischen Karneval nach 1945 vgl. A. M. Keim (Anm. 6), S. 216 ff.

Römischen Verträge.“[32] Daran vermochten auch der Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin nichts zu ändern: „Die fünfte Jahreszeit gehört längst zum politischen Alltag – und ist damit auch Teil der Berliner Republik.“[33]

Diese Einschätzung korrespondiert mit einem Prozess, den man in Anlehnung an den Literaturwissenschaftler Michail Bachtin als Karnevalisierung der Politik bezeichnen kann. Bachtin gründete seine Romantheorie auf vier „Kategorien des Karnevals“, die „im Verlauf von Jahrtausenden in die Literatur transponiert“ wurden und sukzessive zu einer „Karnevalisierung der Literatur“ geführt haben:[34] Familiarisierung (Außerkraftsetzung von Gesetzen, Verboten und Beschränkungen, Abbau sozialer Schranken und Hierarchien, Aufhebung der Distanz zwischen den Menschen); Exzentrizität (Einnahme eines Standpunktes jenseits der Logik des gewöhnlichen Lebens, konkret-sinnliches Ausleben der unterschwelligen Seiten der menschlichen Natur); Mesalliance (Vereinigung von Gegensätzen, Vermengung des Geheiligten mit dem Profanen, des Hohen mit dem Niedrigen, des Großen mit dem Winzigen); Profanation (Erhöhung und anschließende Erniedrigung von Personen, Parodisierung, Unverblümtheit sowie Obszönität von Sprache und Gestik).

Diese Kategorien markieren aber nicht allein den Bereich der Literatur, sie beschreiben vielmehr die Entwicklungslinien einer generellen Karnevalisierung des öffentlichen Lebens, die gewissermaßen als Perpetuum mobile die Spaßgesellschaft antreibt und die politische Kultur beeinflusst. So spiegeln Enthierarchisierung und die Beseitigung von Intimitätsschwellen als Momente der karnevalistischen Familiarisierung beispielsweise die zunehmende Überlappung der öffentlichen und der privaten Sphären wider.[35] Ihre politische Dimension zeigt sich einerseits darin, dass das Private immer öfter politisch wird: Seit die politischen Lager erodieren, die Parteibindungen schwinden und sich die programmatischen Profile der Parteien annähern, richtet sich das Augenmerk der Öffentlichkeit mehr und mehr auf die individuellen Eigenschaften und Verhaltensweisen von Politikern. Da die Einschätzung von Personen ohnehin grundsätzlich einfacher und alltagsnäher ist als das Studium komplexer Parteiprogramme und das Abwägen von Sachargumenten,[36] bezieht der Bürger bei der Beurteilung politischer Sachverhalte die einem Politiker zugeschriebenen Charakteristika mit ein und greift letztendlich auch bei Wahlentscheidungen auf diese zurück.

Andererseits wird das Persönliche und Private von Politikern selbst immer häufiger zur Eigendarstellung akzentuiert. Personengebundene Informationen lassen sich nicht nur leichter vermitteln als abstrakte politische Prozesse, sie stützen zudem die Vorstellung, Politik werde nicht von Zwängen regiert (Demographiefaktor, Globalisierung), sondern von Menschen gemacht und sei in all ihren Folgen jederzeit beherrschbar. Personalisierung verschleiert zudem die Tatsache, dass Politik vielfach in nichtöffentlichen Gremien, von Experten besetzten Kommissionen und vertraulichen Kamingesprächen „hergestellt“ wird. Wahlkampfplakate, die etwa Edmund Stoiber und seine Familie zeigen, schaffen durch die Abbildung von Intimität Vertrauen. Sie erhöhen die Sympathiewerte eines Politikers und erleichtern den Aufbau emotionaler Bindungen. Auf diese Weise kann von Problemen, die möglicherweise Stimmenverluste bedeuten, weil sie Unsicherheit und Angst erzeugen, abgelenkt, die schwindende Zahl fester Parteibindungen überbrückt und das Desinteresse des Bürgers an einer Auseinandersetzung mit politischen Themen und Programmen kompensiert werden.[37] Doch ob Adenauers Boccia-Spiel, Kohls Saumagen oder Schröders Cousinen, die Suggestion, Politiker seien Menschen „wie du und ich“, trübt den Blick für die realen Einfluss- und Gestaltungschancen, indem sie bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse, Hierarchien und Privilegien für den Moment außer Kraft zu setzen und egalitäre Beziehungen herzustellen scheint.

Mehr noch als das Bemühen, sich mit dem Bürger auf eine Stufe zu stellen, erregt exzentrisches Verhalten die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Richtig platziert können dadurch Bekanntheitsgrad und Popularität gesteigert und die politische Karriere vorangetrieben werden. Im Wissen um die Bedeutung der Medienpräsenz, die ein begehr-

32 Hildegard Stausberg, Die jecke rheinische Republik – Geschichte und Gegenwart zugleich, in: Die Welt vom 26. 2. 2001, S. 2.
33 Ebd.
34 Michail M. Bachtin, Literatur und Karneval. Zur Romantheorie und Lachkultur, Frankfurt/M. 1996[2] (Orig. 1963/65), S. 47 ff.
35 Vgl. hierzu den Sammelband von Kurt Imhof/Peter Schulz (Hrsg.), Die Veröffentlichung des Privaten – Die Privatisierung des Öffentlichen, Opladen – Wiesbaden 1998.
36 Vgl. Werner Wirth/Ronald Voigt, Der Aufschwung ist meiner! Personalisierung von Spitzenkandidaten im Fernsehen zur Bundestagswahl 1998, in: Christina Holtz-Bacha (Hrsg.), Wahlkampf in den Medien – Wahlkampf mit den Medien. Ein Reader zum Wahljahr 1998, Opladen – Wiesbaden 1999, S. 133 – 158, hier S. 134.
37 Vgl. hierzu Christina Holtz-Bacha, Wohl überlegtes Kalkül. Über den Einsatz des Privaten im Wahlkampf, in: Frankfurter Rundschau vom 21. 1. 2003, S. 2.

tes Gut im Wettbewerb um Beachtung und Anerkennung durch die Allgemeinheit darstellt und noch immer einen Hauch von Exklusivität vermittelt, versuchen sich Politiker, Parteien und Institutionen zu profilieren und politisch zu positionieren. Wer indes um jeden Preis auffallen will, geht stets das Risiko ein, sich lächerlich und zum Politclown zu machen, indem er den Einsatz der Mittel übertreibt, einen ungünstigen Zeitpunkt wählt oder die Reaktionen auf sein Verhalten falsch einschätzt. In diesem Sinne tragen Oskar Lafontaines Abgang als Finanzminister im Frühjahr 1999, Rudolf Scharpings für ein Massenblatt inszenierter Badespaß auf Mallorca und Gerhard Schröders Italienurlaubsboykott ebenso karnevaleske Züge wie das illusorische „Projekt 18“, die Ausrufung Guido Westerwelles zum Kanzlerkandidaten der FDP und dessen Rundreise quer durch die Republik im „Guidomobil“ anlässlich der Bundestagswahl 2002.[38]

Der exaltiert-verzweifelte Versuch mancher Politiker, ihr Image als hölzern-langweilige Biedermänner abzustreifen, indem sie vor laufenden TV-Kameras über Jugenderinnerungen plaudern (Friedrich Merz als Mofa-Rowdy, Hans Eichel als Konsument leichter Drogen), ist der wachsenden Medienfixierung der Politik geschuldet. Diese führt, dem Diktat der Medien gehorchend, zu einer Verknüpfung und Vermischung politikrelevanter und politikferner Nachrichten – eine Mesalliance von Inhalt (Information) und Form (Unterhaltung), die gegenwärtig als „Boulevardisierung“, „Theatralisierung“, „Infotainment“ und „Politainment“[39] diskutiert wird: „Durch die Interpenetration von Comedy und Politik (. . .) erscheint das politische Geschäft weitgehend als das, was es in der Medienkultur tatsächlich zumindest in Teilen auch geworden ist: als eine Unterhaltungsshow.“[40] Überschreitet die „Entertainisierung“[41] die Grenze zum Karnevalesken, finden die Betonung des Körperlichen, die Koppelung an das Sichtbare und die Schaulust, die dem karnevalistischen Wesen eignen, ihre Entsprechung unter anderem in Spottbildern, die Äußerlichkeiten gleichsam wie Markenzeichen hervorheben (Helmut Kohl als „Birne“), und im öffentlichen Interesse an Rudolf Scharpings Bart, Angela Merkels Frisur oder Gerhard Schröders Haarfarbe („Echthaar-Kanzler“[42]).

Die am Körperlichen orientierte Komponente des Karnevals korrespondiert mit der allgemeinen Sexualisierung des öffentlichen Raums. Nicht nur in der Werbung, in Filmen und im TV ist die Zurschaustellung von Nacktheit nahezu allgegenwärtig, am Trend zum Voyeurismus beteiligt sich auch die Politik. So versuchen Parteien, vor allem Jungwähler mit mehr oder weniger unverhohlenen sexuellen Anspielungen für sich einzunehmen: etwa die Grüne Jugend Baden-Württemberg mit einer für den Landtagswahlkampf 2001 lancierten Postkartenaktion („Grün fickt besser. Untersuchung zeigt: Hausfrauen und Grüne haben am häufigsten Sex.“) oder die Jungen Liberalen („Steck ihn rein“), die Jusos („Das ist erst das Vorspiel, der Höhepunkt kommt noch“), die PDS („Heute popp’ ich, morgen kiff’ ich, übermorgen wähl’ ich PDS“) und die Bündnisgrünen („Wir machens gleich“) mit zweideutigen Slogans im Bundestagswahlkampf 2002. Auch eine Anzeigen- und Plakataktion des Bundesumweltministeriums zur Imageverbesserung der Ökosteuer warb mit dem Text: „Mehr Sex. Und wer öfter mal das Licht ausmacht, wird belohnt. So oder so.“ Die – wenngleich späte – Selbstbeschränkung der Medien bei der angeblichen Affäre des „Vier-Ehen-Kanzlers“[43] Gerhard Schröder mit einer TV-Moderatorin macht hingegen die Grenzen der Indiskretion deutlich: Sie verlaufen – anders als in den USA – in der Bundesrepublik offenbar noch überall dort, wo die Gefahr eines Imageverlustes, der nicht allein die Person, sondern ebenso das Amt selbst beschädigen kann, gegeben ist.[44]

Gerade weil Gerhard Schröder als Bundeskanzler eine singuläre Rolle im Regierungssystem spielt, unterliegt er besonderer Beobachtung. Zunehmend sieht er sich jedoch allgemeiner Volksbelustigung ausgesetzt: vermarktet auf CD („Der Bierkanzler“, „Die Gerd-Show“), verunglimpft als „Schwachmaten-Kanzler“[45] oder verhöhnt als

38 Vgl. Torben Lütjen/Franz Walter, Medienkarrieren in der Spaßgesellschaft? Guido Westerwelle und Jürgen W. Möllemann, in: Ulrich von Alemann/Stefan Marschall (Hrsg.), Parteien in der Mediendemokratie, Wiesbaden 2002, S. 390–419. Den Bogen überspannen allerdings auch die Medien durch ihren unstillbaren Hunger nach Sensationen und das – nicht selten von Politikern initiierte und forcierte – Aufbauschen von Affären und Skandalen. So entsteht der Eindruck eines empirisch nicht belegbaren, da realiter nicht gegebenen politischen Sittenverfalls. Vgl. hierzu Hans Mathias Kepplinger, Die Kunst der Skandalierung und die Illusion der Wahrheit, München 2001.

39 Vgl. hierzu Andreas Dörner, Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt/M. 2001.

40 Ebd., S. 152.

41 Vgl. hierzu Christina Holtz-Bacha, Entertainisierung der Politik, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 31 (2000) 1, S. 156–166.

42 Zit. nach: Focus, Nr. 36 vom 2. 9. 2002, S. 27.

43 Zit. in: ebd. Nr. 8 vom 18. 2. 2002, S. 34.

44 Zum Zusammenhang von Sexualität und Lachkultur vgl. Hans-Dieter Gelfert, Max und Monty. Kleine Geschichte des deutschen und englischen Humors, München 1998, S. 146 ff.

45 Zit. nach: Der Spiegel, Nr. 47 vom 18. 11. 2002, S. 32.

„Krötenwanderungs-Kanzler“[46], der, um Haushaltslöcher zu stopfen, die „Kröten“ aus den Portemonnaies der Bürger in die seines Finanzministers wandern lässt, wird der einstige „Spaßkanzler“ zu einem unterhaltsamen und erheiternden Bestandteil der Spaßgesellschaft. Die Enttäuschung der hoch gesteckten Erwartungen und Hoffnungen, die man nach der als Stillstand empfundenen letzten Phase der Regierungszeit Helmut Kohls in die rot-grüne Koalition gesetzt hatte, äußert sich heute in der Verspottung von Gerhard Schröder: erst als Held gefeiert, dann als Witzfigur vom Sockel gestoßen und verlacht – nicht zuletzt auch in den eigenen Reihen.[47] Eine solche Profanation erinnert an den Brauch, den Karnevalskönig kurz nach seiner Inthronisierung wieder vom Thron zu stürzen.[48]

Fazit

„Sind wir hier im Karneval?“[49] In Debatten verwenden Abgeordnete des Deutschen Bundestages vielfach Begriffe aus dem sprachlichen Umfeld des Lachens, um die Seriosität der Argumentation eines politischen Gegners in Zweifel zu ziehen[50] oder dessen Glaubwürdigkeit zu untergraben[51]. Gleichzeitig greifen sie mit demselben Wortschatz Kolleginnen und Kollegen an und werfen ihnen vor, durch ihre Rede- und Verhaltensweisen im Plenum die Würde des Hohen Hauses zu verletzen.[52] Diese verbale Gratwanderung kann gelingen, da die Grenzen zwischen Ernst und Unernst auch in der Politik fließend sind. Komisches und Ernstes treten immer gemeinsam in Erscheinung, das eine ist vom anderen nicht zu trennen: „We might say that the greater the potential for conflict, the greater the comic veil.“[53]

Das ändert nichts an der Tatsache, dass Politik – ebenso wie der vereinsmäßig betriebene Karneval – grundsätzlich eine ernste Angelegenheit ist. Der Verlust an Politikfähigkeit jedoch ist evident: Ausweitung der Handlungssphären, aber Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten; steigende Erwartungshaltungen, aber Verringerung der Gestaltungskraft; steigender Problemlösungsdruck, aber Verkürzung der Halbwertzeit politischer Projekte und Maßnahmen. Lachen vermag zeitweise vom Druck zu befreien, Defizite auszugleichen und Freiräume zu schaffen. Es stärkt den Gemeinsinn, fördert Kreativität und Reformbereitschaft und baut Frustpotentiale ab. Seine therapeutische Wirkung entfaltet sich vor allem bei der Verarbeitung von Schreckensnachrichten, die auf andere Weise nicht kompensiert werden können: Humor ist, wenn man trotzdem lacht.[54]

Wer sich indes über alles und jeden lustig macht, alles irgendwie witzig findet, schwächt die Funktionen, die das Lachen für die Politik haben kann, und stärkt die Tendenz zur Karnevalisierung als Impulsgeberin der indifferent-unverbindlichen Spaßgesellschaft. Das Fortschreiten des Karnevalisierungsprozesses ist ein soziokulturelles Phänomen, das als Begleiterscheinung des öffentlichen Lebens das politische Geschehen zwar keineswegs dominiert, aber einen gut Teil der Aufmerksamkeit auf sich zieht, da es das alltägliche Routinegeschäft der Politik punktuell und situationsgebunden überlagert. Das Ausmaß der Karnevalisierung nimmt jedoch auch deshalb zu, weil das dem Politischen artverwandte karnevalistische Element seinerseits auf eine sich beständig verändernde „politische Kultur, in der medial inszenierte Emotionen, Privates und Unterhaltung immer mehr Bestandteil der Politik selbst werden“[55], reagiert. So stellt der Karneval – wie auch das Lachen – einen nicht unbedeutenden Mosaikstein dar, ohne den das aktuelle Bild der Politik unvollständig wäre.

46 Zit. nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. 11. 2002, S. 13.

47 Vgl. hierzu Wolfgang Büscher, Kennen Sie den?, in: Die Welt vom 25. 11. 2002, S. 10.

48 Vgl. M. M. Bachtin (Anm. 34), S. 50.

49 So Leyla Onur (SPD) im Deutschen Bundestag, 14/133/12812 (14. Legislaturperiode/133. Sitzung/S. 12812 des Sitzungsprotokolls).

50 „Die sogenannte ökologische Steuerreform erweist sich immer mehr als eine Lachnummer.“ (Peter Rauen, CDU/CSU, 14/11/659); „Sie halten hier ja eine Büttenrede! Das hat mit seriöser Auseinandersetzung nichts zu tun!“ (Steffen Kampeter, CDU/CSU, 14/138/13484); „Sie vertreten hier nebulöse Konzepte und halten das sogar noch für Finanzpolitik. Da kann ich ja nur lachen!“ (Antje Hermenau, Bündnis 90/Die Grünen, 14/252/25492).

51 „Ach, Herr Poß, Sie sind ein Witzbold!“ (Peter Rauen, CDU/CSU, 14/88/8138); „Herr Bosbach, Sie machen sich schon wieder lächerlich!“ (Wilhelm Schmidt, SPD, 14/142/13903).

52 „Hör mal, wir sind doch nicht im Kasperltheater!“ (Wilhelm Schmidt, SPD, 14/45/3764); „Sind wir hier im Kabarett?“ (Hans-Joachim Fuchtel, CDU/CSU, 14/123/11821); „Das Parlament ist keine Karnevalsveranstaltung!“ (Klaus Brandner, SPD, 14/144/14139).

53 Charles E. Schutz, Cryptic humor: the subversive message of political jokes, in: Humor. International Journal of Humor Research, 8 (1995) 1, S. 51–64, hier S. 54.

54 So das Motto des Erzählbandes „Die Yankeedoodlefahrt und andere Reisegeschichten“ von Otto Julius Bierbaum (1909).

55 Hermann Strasser/Achim Graf, Schmidteinander ins 21. Jahrhundert. Auf dem Weg in die Spaß- und Spottgesellschaft?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/2000, S. 7–16, hier S. 13.

Thomas Meyer

Die Theatralität der Politik in der Mediendemokratie

Die Universalität von Inszenierung

Seit der Mitte der neunziger Jahre wird in der Bundesrepublik Deutschland in immer neuen Anläufen die These vertreten, dass das Modell der Inszenierung in Gesellschaft und Politik an Bedeutung gewinnt. Es ist die Diagnose gestellt worden, die Gesellschaft mutiere in kräftigen Zügen zur „Inszenierungsgesellschaft“[1]. In diese Richtung weisen auch politik- und medienwissenschaftliche Analysen für die Republik als politisches Gemeinwesen. Der *Bericht zur Lage des Fernsehens* von 1995 für den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland kommt mit der Pointe, die Bundesrepublik bewege sich unter dem Einfluss des Fernsehens in Richtung einer „höfischen Öffentlichkeit“, in die Nähe einer solchen Diagnose:[2]

„In der Konkurrenz um die Öffentlichkeit haben Politiker Professionalität in der Plazierung und Inszenierung von Ereignissen wie auch in der Sachinformation entwickelt. Im Verlauf dieser Metamorphose wandelt sich sachbezogene, auf verbindliche Entscheidungen bezogene Politik zunehmend in symbolische Politik . . . Diese vom Fernsehen provozierte Politik entspricht einer Rückkehr zur höfischen Öffentlichkeit . . . Von den Politikern verlangt der Fernsehauftritt zudem vor allem darstellerische Qualitäten, die in keinem notwendigen Zusammenhang zu politischen Leistungen stehen, aber über den politischen Erfolg entscheiden. Denn als erfolgreich gilt der Politiker mit den darstellerischen Fähigkeiten auch dann, wenn seine politischen Leistungen deutlich dahinter zurückbleiben. Umgekehrt verblassen politische Leistungen, sobald das Talent zur Media Performance fehlt.“[3]

Diese Zuordnung ist von weitreichender Bedeutung, da sie letztlich den Übergang der politischen Verfassung der Republik in eine Formation neuen Typs behauptet – mit vielfältigen Folgen nicht nur für die Qualität der Öffentlichkeit, sondern von Politik überhaupt. Die Inszenierung der Politik für die Medienbühne – nicht allein seitens der politikvermittelnden Medienakteure, sondern seitens der Politik selbst – wird zu einer Schlüsselstruktur, von der her die ganze Politik eine neue Prägung erfährt, und zwar in all ihren Dimensionen: von der Personalauswahl bis zur Rolle der Handlungsprogramme und ihrer Bedeutung für die Legitimation politischen Handelns, ja sogar mit Bezug auf die Rolle zentraler politischer Institutionen, wie Parteien und Parlamente im politischen Prozess.

Diese Bewertung schließt ein, dass staatsbürgerliche Entscheidungen unter diesen veränderten Umständen kaum noch autonom und rational, sondern vielmehr – indirekt – durch irrationale Inszenierungen gesteuert werden. Eine in diesem Sinne als „Inszenierungsstaat“ zu kennzeichnende Republik wäre in der Tat von fragwürdiger demokratischer Substanz.

Ist dieser Befund gerechtfertigt, und – vor allem – ist er neu? Sind politische Inszenierungen als strukturbildender Vorgang eine Errungenschaft des Fernsehzeitalters? Und: Ist mediale Politikinszenierung gleichbedeutend mit Irrationalität und Täuschung in der politischen Kommunikation? Diese Fragen müssen sich angesichts der Radikalität des Befunds des oben genannten Berichtes unmittelbar aufdrängen.

Dass Politik inszeniert wird, ist für sich genommen historisch zweifellos nichts Neues.[4] Dass Politiker und in politischen Rollen agierende Personen, soweit wir die Zeugnisse kennen, zu allen Zeiten versucht haben, ihre Absichten oder Leistungen, ihre Person oder die Gruppe, für die sie standen, durch vorbedachte Inszenierungen für ein Publikum ins rechte Licht zu rücken, kann als eine triviale Einsicht gelten. Als Pontius Pilatus sich nach dem Urteilsspruch über Jesus ostentativ in der Öffentlichkeit die Hände wusch, um seine Unschuld symbolisch sinnfällig zu zelebrieren,

1 Herbert Willems/Martin Jurga (Hrsg.), Inszenierungsgesellschaft. Ein einführendes Handbuch, Opladen 1998.

2 Vgl. Jo Groebel u. a., Bericht zur Lage des Fernsehens, Gütersloh 1995, S. 147.

3 Ebd., S. 146 f.

4 Vgl. Thomas Meyer/Rüdiger Ontrup/Christian Schicha, Die Inszenierung des Politischen. Zur Theatralität von Mediendiskursen, Wiesbaden 2000.

erbrachte er eine wohl kalkulierte, in ihren Wirkungen nicht nur das anwesende Publikum, sondern das Publikum der Jahrtausende beeindruckende politische Inszenierungsleistung ersten Ranges, der nichts fehlte, was zu einer Glanzleistung dieser Gattung gehört. Die aus der Geschichte bekannten Beispiele sind dazu angetan, die Allgegenwart von Inszenierungen als Element politischer Kommunikation zu belegen. Gegen eine naive Sicht von Inszenierung überhaupt, als vermeidbares Täuschungsmanöver in der politischen Kommunikation – sei es der politischen Akteure selbst oder derer, die über sie berichten –, müssen zur grundsätzlichen Klärung freilich zunächst drei Sachverhalte in Erinnerung gerufen werden:

Erstens: Wie die Soziologen *Erving Goffman* und *Hans-Georg Söffner* gezeigt haben und wie die Theaterwissenschaft herausgearbeitet hat, sind theatrale Inszenierungen eine anthropologische Konstante. Der von Natur aus künstliche Mensch hat immer Spielräume reflektierter Selbstdarstellung, die durch aktuelles Handeln gefüllt werden. Es fließen dann stets auch Reaktionen auf andere und die Art und Weise, wie diese hervorgerufen werden, ein.[5] Daher spielt der Mensch bei der Wahrnehmung seiner verschiedenen Sozialrollen und selbst bei seinen vertrauten sozialen Interaktionen immer auch ein Stück weit Theater. Kommunikation ist folglich unvermeidlich *auch* eine Inszenierungsleistung. Die Kluft zwischen Kommunikationsabsichten und Kommunikation wird stets in gewissem Maße durch mitlaufende Reflexionen über die beabsichtigten Wirkungen und als deren Folge mit Inszenierungsleistungen gefüllt. *Natürlich* erscheint der Mensch, wie es Hans-Georg Soeffner formuliert hat, darum paradoxerweise immer erst als Ergebnis einer durchaus *künstlichen* Anstrengung. Inszenierung gehört mithin zum universalen Grundbestand menschlicher Kommunikation.

Zweitens: Auch das Authentische bedarf, wie die Theaterwissenschaft zeigt, einer je spezifischen Inszenierungsleistung, um als Authentisches erscheinen zu können.[6] Erst in der Inszenierung tritt das ihr Vorausliegende für alle sichtbar in Erscheinung und ist auf diese Weise immer schon durch Darstellungsaktivitäten transformiert. Die Spielräume der Inszenierung und die Art und Weise, wie das Vorausliegende in Erscheinung tritt, sogar die Frage, ob es überhaupt ein Vorausliegendes gibt, sind freilich anhand empirischer Prüfungen zu beurteilen. Die Inszenierungsleistung kann eine nahezu unbegrenzte Bandbreite von Realitätsbezügen ausfüllen, von der Darstellung von Authentizität bis hin zur Erzeugung dichter Illusionen über Ereignisse, die allein in der Inszenierung bestehen.

Drittens: Wie alle anderen öffentlichen Rollenträger auch, so sind sich politische Amtsinhaber und Aspiranten vermutlich zu allen Zeiten durch Tradition, Erfahrung und Beobachtung der Tatsache gründlich bewusst gewesen, dass die Wirkung ihres Auftritts, die Zustimmung zu den von ihnen erhobenen politischen Ansprüchen und ihre Wirkung als Person in entscheidendem Maße davon abhängen, ob es ihnen gelingt, sich für das anwesende Publikum wirkungsvoll darzustellen.[7] Selbstdarstellung, also Inszenierung, und öffentliches Handeln waren vermutlich zu allen Zeiten zwei Seiten derselben Medaille. In diesem Sinne ist an der Inszenierung der Politik, die nun auch in der Bundesrepublik seit dem Ende der neunziger Jahre in den Mittelpunkt des Interesses der Sozialwissenschaften und der Massenmedien getreten ist, scheinbar nichts Neues. Und dennoch ist die Situation heute, wie wir sie in den *Mediendemokratien* der Gegenwart beobachten, in entscheidender Hinsicht ganz anders. Die Veränderungen erweisen sich bei genauer Betrachtung als so folgenreich, dass sie das Urteil rechtfertigen, die Republik bewege sich in Richtung auf eine neue politische Formation: die Mediendemokratie.

Inszenierungspolitik heute

Peter Burke, britischer Historiker und brillanter Chronist der klassischen Politikinszenierung vormoderner Prägung, hat auf zwei Faktoren hingewiesen, die trotz der ehrwürdigen Tradition der Geschichte politischer Inszenierungen in der gegenwärtigen Konstellation dennoch zu einer neuen Qualität mit neuen Voraussetzungen und Wirkungen geführt haben:[8]

5 Vgl. Erving Goffman, Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag, Frankfurt/M. 1969; Hans- Georg Soeffner, Rituale des Anti-Ritualismus, in: Hans-Ulrich Gumbrecht u. a. (Hrsg.), Materialität der Kommunikation, Frankfurt/M. 1988.

6 Vgl. Erika Fischer-Lichte/Isabel Pflug (Hrsg.), Inszenierung von Authentizität, Tübingen – Basel 2000.

7 Vgl. Thomas Meyer, Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem, Frankfurt/M. 2001, und ders., Media Democracy, Oxford 2002.

8 Vgl. Peter Burke, Ludwig XIV. Die Inszenierung des Sonnenkönigs, Berlin 1993.

Erstens: In der Demokratie stellt sich die Legitimationsfrage für die Inhaber und Anwärter politischer Mandate und Ämter auf neue Weise und sehr viel dringlicher als in den vordemokratischen politischen Systemen. Heute stehen politische Konkurrenten vor der Aufgabe, beinahe täglich um die ungewisse Zustimmung des Publikums zu ringen. Die Inszenierungen politischen Handelns müssen für die politischen Akteure zu einer jederzeit bedachten Kommunikationsstrategie werden, mit der sich ein Massenpublikum erreichen lässt.

Zweitens: Da in der Demokratie in einem prinzipiell offenen Wettbewerb eine Vielzahl politischer Inhaber und Aspiranten öffentlicher Spitzenämter um die Gunst des Publikums ringen, entsteht ein erhöhter Druck reflexiver Selbstpräsentation der Politikerinnen und Politiker sowohl im Verhältnis zu allen anderen Mitbewerbern wie auch zum Publikum.

Drittens: Entscheidender für die neue Qualität und die neuen Wirkungsdimensionen politischer Inszenierung sind allerdings die *technischen Veränderungen* im Bereich der Massenmedien. Mit dem Fernsehen steht nämlich erstmals in der Geschichte ein Massenmedium zur Verfügung, das einerseits alle Grenzen von Raum und Zeit überwindet, in spezifischer Weise die Gesamtheit der handelnden Personen wahrnehmen und diese Wahrnehmungen an ein breites Publikum vermitteln kann und das darüber hinaus durch seine medialen Qualitäten und seine Allgegenwart in den häuslichen Lebenswelten der Menschen fortwährend dichteste Realitätsillusionen erzeugt.[9] Da das Fernsehen als kulturelles Leitmedium auf sein Publikum, jedenfalls den größten Teil, entscheidenden Einfluss hat und darüber hinaus wegen seiner unübertroffenen Reichweite für alle anderen Massenmedien eine gewisse Vorbild- und Schrittmacherfunktion ausübt, nimmt es im System der medialen Politikvermittlung eine Schlüsselstellung ein. Es rückt – im Gegensatz zu allen anderen Massenmedien – die Gesamtheit aller Zeichensysteme, die von menschlichem Handeln ausgehen können: Mimik, Gestik, Proxemik, Paralinguistik, Kulissen und Requisitenkontext in den Focus seiner Vermittlungen. Damit wird für die handelnden Politiker, welche die Bühne der elektronischen Medien betreten, die Gesamtheit ihrer körperlichen Performance zum zentralen Gegenstand ihrer Aufmerksamkeit. Um auf dieser Bühne erfolgreich sein zu können – in den Augen fast aller Gegenwartspolitiker eine Vorbedingung –, ist gezielte Arbeit an sich selbst notwendig. Zumeist erfolgt diese mit Hilfe professioneller Beratung oder durch praktisches Training. Diese Lernprozesse werden professionell organisiert, indem die politischen Inszenierungsstrategien zu einem substantiellen Handlungsfeld innerhalb des politischen Systems selbst gemacht und von einem rasch wachsenden Stab von Beratern und Planern aller Art wissenschaftlich und ästhetisch vorbereitet und umgesetzt werden. Die Inszenierung der eigenen Politik oder oft auch nur ihrer Ansprüche wird unter dem Inszenierungsdruck, der von den modernen Massenmedien ausgeht, zu einem zentralen Handlungsfeld der Politik selbst.

Auch wenn der intentionale und performative Kern politischer Inszenierung so alt ist wie die Politik selbst, entsteht durch die Inszenierung der Politik für die Bühnen der Massenmedien eine qualitativ neue Situation: Sie besteht in der realistischen Erwartung, auch unabhängig von den tatsächlichen Handlungserfolgen bei der Lösung sachlicher Probleme, beim Massenpublikum die Illusion einer wirklichen Realitätserfahrung auszulösen.

Die Theatralisierung von Politik

Politik in der Demokratie lebt von der kontinuierlichen Legitimation ihrer Absichten, Handlungen und von den Handlungserfolgen. Dies kann in der Mediengesellschaft allein auf dem Weg der medienvermittelten Kommunikation geschehen. Demokratische Politik ist daher existentiell und fortwährend auf Kommunikationserfolge in der öffentlichen Arena angewiesen. Diese ist in der Mediengesellschaft durch die *interne Funktionslogik* der Massenmedien konstituiert, die als *Vorabinszenierung* als eine nicht zu umgehende Zutrittsbedingung für alle Akteure und Geschehnisse wirksam wird, die in ihr überhaupt zur Geltung kommen wollen.[10] In den Länder Europas sind wir seit kurzem Zeuge einer „kopernikanischen Wende“. Die Parteiendemokratie klassischen Zuschnitts wird zur Mediendemokratie. Die Regeln der medialen Politikdarstellung – unterhaltsam, dramatisierend, personalisiert und mit Drang zum Bild, allesamt der Darstellungskunst des Theaters entlehnt – greifen auf das politische Geschehen selbst über. Die Selektion spektakulärer Ereignisse, die effektsichere Inszenierung der Profis, die weite Teile des Mediensystems bestim-

9 Vgl. Thomas Meyer/Martina Kampmann, Politik als Theater, Berlin 1998.

10 Vgl. T. Meyer/R. Ontrup/Chr. Schicha (Anm. 4).

men, regieren zunehmend die Politik. Es vollzieht sich ein folgenreicher Rollenwechsel: Während in der Parteiendemokratie die Medien die Politik beobachten sollen, mit dem Ziel, dass sich die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger eine vernünftige Meinung bilden können, beobachten in der Mediendemokratie die politischen Akteure das Mediensystem. So können sie lernen, was sie und wie sie sich präsentieren müssen, um auf der Medienbühne einen sicheren Platz zu gewinnen. Solches „politainment" (Andreas Dörner) macht Spaß und vergrößert das Publikum.[11] Die Frage ist nur, ob das, was es dabei zu besichtigen gibt, noch Information über Politik, einen Einblick in ihr tatsächliches Geschehen erlaubt und auf diesem Wege mündige Entscheidungen über sie möglich macht. In der Antwort auf diese Frage, und nicht etwa in einer puristisch-elitären Abneigung gegen die Künste der Massenattraktion, besteht das Problem, welches die Kolonisierung der Politik durch die Medien für die Demokratie aufwirft.

Kern der Veränderung ist eine weitgehende Überlagerung der beiden Systeme „Politik" und „Medien". Sie geht zu einem erheblichen Teil aus der Wirkungsweise von deren jeweiligen Funktionsgesetzen selbst hervor. Aus Legitimationsgründen ist demokratische Politik unvermeidlich auf die öffentliche Darstellung ihres Vollzugs und ihrer Ergebnisse, nämlich der Herstellung gesellschaftlich verbindlicher Entscheidungen, angewiesen. In den unüberschaubar komplexen Gesellschaften der Gegenwart benötigt sie dazu die Massenmedien. Diese folgen indessen bei jeglicher Darstellung von Politik gleichermaßen unvermeidlich ihrer eigenen Logik, wenn sie *ihrem* gesellschaftlichen Funktionszweck, nämlich der Erzeugung von größtmöglicher Aufmerksamkeit für gemeinsame Themen, gerecht werden wollen.

Die Massenmedien erreichen ihren Zweck im Wesentlichen durch die Befolgung von zwei aufeinander abgestimmten Regelsystemen. Das erste Regelsystem besteht in der Auswahl berichtenswerter Ereignisse nach Maßgabe ihrer *Nachrichtenwerte* (*Selektionslogik),* das zweite aus einem Kanon von attraktionssteigernden *Inszenierungsformen* für das so ausgewählte Nachrichtenmaterial, um die Maximierung eines anhaltenden Publikumsinteresses zu sichern *(Präsentationslogik)*. Das Zusammenwirken beider Regelsysteme, das sich in einem gewissen, allerdings eng begrenzten, Ausmaß von Medium zu Medium anders gestaltet, kennzeichnet die spezifische *Logik des Mediensystems*. Ihr ist alles unterworfen, was im Mediensystem hervorgebracht wird: jede Information und jeder Bericht über alle anderen gesellschaftlichen Teilsysteme und deren Leistungen. Sie wirkt als eine zwingende Prä-Inszenierung, die den Zugang zu den Medienbühnen regelt. Es herrscht das Gesetz der spannungsreichen theatralischen Inszenierung.

In den Medien ist jede Darstellung des Politischen vom Wirken der beiden medialen Filtersysteme geprägt. Es stellt sich die Frage, ob solche Darstellung der Politik die *Eigenlogik des Politischen* noch in einem für die selbstständige Urteilsbildung der Bürgerinnen und Bürger angemessenen Maße erkennen lässt oder ob sich diese in den Regeln der medialen Logik auflöst. Auf Seiten der Politik führt die Schlüsselrolle des Mediensystems zur Vermehrung und zur Professionalisierung der Anstrengungen, ein Höchstmaß an Kontrolle über die Darstellung der Politik im Mediensystem zurückzugewinnen. Zu diesem Zweck mediatisiert sie sich mit Energie und professionellem Rat aus Leibeskräften selbst, sie wird zum „Politainment".

Es handelt sich dabei um einen wahrhaft dialektische Vorgang: Die Politik unterwirft sich den Regeln der Medien, aber nur um auf diesem Wege die Herrschaft über die Öffentlichkeit zu gewinnen. *Selbstmediatisierung* wird zu einer zentralen *Strategie politischen Handelns in der Mediengesellschaft.* Es erhebt sich die Frage, ob Politik unter diesen Bedingungen überhaupt noch in angemessenem Ausmaß ihrer eigenen Logik folgen kann oder in der Hauptsache zum Lieferanten für die spezifischen Bedürfnisse des Mediensystems wird – in der Hoffnung, auf diese Weise ihren unbegrenzten Bedarf an öffentlicher Zustimmung umfassend und risikoarm befriedigen zu können.

Theatralisierung und politischer Prozess

Die Auswirkungen dieser Entwicklung sind umfassend und vielgestaltig. Sie verändern nicht nur die Struktur der Darstellung des Politischen, sondern auch seine *Herstellung*. Welche Themen auf den Tisch kommen, welche Politikerin oder welcher Politiker Aufstiegschancen hat, wer die Führung übernimmt und wie groß ihre oder seine Spielräume zur Definition ihrer oder seiner Politik sind – gegenüber der eigenen Partei, gegenüber den Kontrahenten und gegenüber der Öffentlichkeit –, wird durch mediale Vermittelbarkeit und Mediencharisma mitentschieden. Wo beides nicht gegeben

11 Vgl. Andreas Dörner, Infotainment, Frankfurt/M. 2001.

ist, haben Themen und Interessen, auch wenn sie im Hinblick auf Gerechtigkeit, Zukunftsfähigkeit und das Gemeinwohl wichtig wären, wenig Aussicht auf Berücksichtigung. Politainment schneidet ins Fleisch der guten Politik.

Professionelle Selbstmediatisierung der Politik nach den Regeln theatraler Inszenierungslogik ist qualitativ und quantitativ zu einer der Hauptaktivitäten des politischen Systems geworden. In Europa ist sie nach dem Wegfall des Systemwettbewerbs zu einer Art Ideologieersatz geworden. Sie verfügt dabei über drei *basale Inszenierungsstrategien,* die – das ist wahr – auch mit Anteilen wirklich vollzogener Politikherstellung versetzt sein können. Inszenierung kann auch, muss aber nicht, der schöne Schein des Realen sein. Ihre Wunderwaffen sind: *Event-Politik (Scheinereignisse), Image-Projektion* und *Scheinhandlung.*

Event-Politik: Von Scheinereignissen ist in den USA schon seit den sechziger Jahren die Rede (Daniel Boorstin). Sie waren „die ersten großen Verbeugungen" der politischen Welt vor den Mediengesetzen. Die Grenze zwischen solchen Ereignissen, die reales Geschehen verschönt in Szene setzen, und solchen, die nichts sind als Schein, aber wie greifbare Wirklichkeit aussehen, ist fast immer fließend. Der Fundus der Inszenierungschancen ist unerschöpflich und nach vorne offen.

Die Medien aber haben die Wahl. Sie können das ihnen von der Politik dargereichte Scheinereignis an ihr Publikum „unbearbeitet" durchreichen – wenn sie gerade wenig Zeit, Sachverstand, Interesse, Verantwortlichkeit haben oder einfach meinen, „dieser Wurm werde dem Fisch schon schmecken". Sie können das Angebot ignorieren und selbst etwas aus dem Anlass machen. Sie können die angebotene politische Inszenierung aber auch demontieren, kritisch auf ihren wirklichen Kern befragen und bei all dem doch ihren eigenen Regeln der Auswahl und der Inszenierung treu bleiben. Die Fälle zwei und drei erfordern Kompetenz und Zeit, der Fall drei birgt dabei das Risiko, bei jenen Politikern in Ungnade zu fallen, die man als Informationsquelle schon morgen wieder braucht. Die Medienregeln und das Darstellungsinteresse der Politik bilden strategische Koalitionen, sozusagen widerspruchsvolle Inszenierungs-Partnerschaften. Die letzte Inszenierungshoheit allerdings liegt stets im Mediensystem.

Image-Politik: Image ist das Scheinereignis auf dem Gebiet der Ethik, Scheinhandeln als Personifikation. Durch wohl kalkulierte Scheinhandlungen wird eine natürliche Person zur *Personifikation* von Eigenschaften, die aus Mythologie oder Ethik ihres Gemeinwesens besonderen Glanz beziehen.

Symbolische Scheinpolitik: Der klassische Fall symbolischer Scheinpolitik lag vor, als sich Präsident *Ronald Reagan* vor den versammelten TV-Kameras auf der Schulbank eines Klassenzimmers mit Lehrern und Schülern ins Gespräch vertiefte und unter den *Augen des Publikums* leidenschaftliches Interesse am Bildungswesen zeigte, nachdem er gerade dessen Etat empfindlich gekürzt hatte. Solche Auftritte können, müssen aber nicht Placebo-Politik zu Verstellungszwecken sein. Sie gehört zum Handwerkszeug des Medien-Machiavellisten.

Man könnte nun sagen, das ist eben die Politik in der Mediengesellschaft – wenn da nicht ein wirklich ernsthaftes Problem bliebe: Wie sollen Normalbürgerinnen und -bürger, die Politik nur aus den Medien kennen – meist nur von einem mit schönen Bildern –, unterscheiden können zwischen bloßer Schau, hoch professionell verschlüsselter und gut dargestellter Realität? Erfahrungen zur Prüfung des Vorgeführten kommen oft erst dann zum Tragen, wenn ungelöste Probleme – etwa in Gestalt von Arbeitslosigkeit, Gewalt, Umweltproblemen und Unsicherheit – jenseits der medialen Glanzbilder in die *eigene Lebenswelt* einbrechen. Nur wissen die Menschen dann immer noch nicht, was Ross ist und was Reiter. Einen Einblick in das, was politisch möglich ist und was nicht, welches die wirklichen Optionen sind und wie die Rolle der Akteure beim Ringen um diese aussieht, erhalten sie kaum. Autonomie auf Basis gründlicher Informationen über anstehende politische Entscheidungen wird gerade für die wenig Informierten durch Politainment behindert.

Unter dem Druck der knappen Zeit auf Seiten der Medien und der eingeengten Handlungskorridore auf Seiten der Politik wird die gefällige Inszenierung des Scheins zum Patentrezept. Aber auch dann, wenn gut Gemachtes „nur" gut inszeniert wird, bleibt ein Problem: Die öffentliche Darstellung von Politik und ihr realer Vollzug werden durch „Politainment" prinzipiell entkoppelt. Für die Bürgerinnen und Bürger ist kaum noch nachvollziehbar, bei welchen der Darstellungen von Politik es sich um leere Inszenierungen und bei welchen um geschickte Präsentationen tatsächlichen Vollzugs handelt. Es scheint so, als hätten wir eine Neuauflage der *höfischen Öffentlichkeit*, die sich dadurch auszeichnete, dass Politik dann, wenn sie den Interessen der Leute entsprach, als das immergleiche Spektakel auf der Staatsbühne

gebracht wurde. Der Zusammenhang zwischen dem Spektakel und dem, was wirklich geschieht, wird unberechenbar.

Es geht aber nicht nur um die Darstellung, sondern um tektonische Verschiebungen in den Fundamenten der Politik selbst. Die Logik der Mediendemokratie drängt die Parteien auf der ganzen Linie an den Rand des Geschehens, auch wenn sie durch ihre Aktivitäten auf der kommunalen Ebene und durch das öffentlichkeitswirksame Agieren der Spitzenakteure weiterhin im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit bleiben. Die Medienlogik folgt auch einem gebieterischen *Präsentismus.* Was zählt, ist das Neueste vom Neuen, der allerneueste Augenblick, attraktiv gefüllt. Gestern und morgen verblassen, der Prozess langweilt. Die Parteien, ja das ganze intermediäre System der Vereine, Organisationen und Initiativen, in denen Projekte und Lösungen in langen Beratungen, Verhandlungen, Kompromissen allmählich reiften – also die lange Zeit der Demokratie –, hat kaum eine Chance vor den Gesetzen der Medienwelt. Im Zeitalter der ultraschnellen Medien mit ihrem Zwang zur Sofortreaktion, jederzeit, zum spontanen Akzeptanztest der politischen Spitzenrepräsentanten, ist die Verdrängung von Mitgliederparteien zugunsten des Diskurses aus dem Zentrum der Politik beinahe zwangsläufig. Die schnelle Umfrage, der die passende Inszenierung auf dem Fuße folgt, ersetzt den abwägenden Diskurs. Dabei wissen doch alle, dass die rasch geäußerte Meinung nicht viel mehr sein kann, als das Echo der Medieninszenierung selbst.

Mit der dominierenden Rolle der Medien bei der Auswahl möglicher Spitzenkandidaten bei der innerparteilichen Willensbildung, die im Wechselspiel zwischen Medienresonanz, Wahlerfolgen und Kandidatenunterstützung erfolgt, ist den politischen Parteien auch noch die Funktion der „Krönung“ aus der Hand genommen worden, die einerseits ihre Zentralrolle mitbegründet hatte und ihnen andererseits die Möglichkeit einer letzten Richtungskontrolle im politischen Prozess einräumte. Unter dem doppelten Druck von *Medienzeit* und *Medienlogik* verlieren sie ihren Einfluss auf die Tagespolitik, womit sie ein Stück demokratischer Kontrolle der Politik durch die Gesellschaft weit gehend einbüßen.

Doch nicht nur die Parteien, die bisher eine demokratisch fundierte Zentralstellung im politischen Prozess einnahmen, geraten in der mediendemokratischen Konstellation an den Rand des Geschehens. Der *Konflikt der politischen Zeiten* zwischen der *langsamen politischen Prozesszeit* und der *schnellen medialen Reaktions- und Inszenierungszeit* bringt auch den Parlamentarismus selbst in Bedrängnis: Der Anteil des intermediären Systems der Vereine, Verbände und Initiativen am großen politischen Systems geht zurück. Der diskursive Austausch der beteiligten Akteure entfällt dann weitgehend zugunsten einer Abfolge der je für sich stehenden momentanen Ereignisse sich selbst korrigierender Medientests der politischen Spitzenrepräsentanten und ihrer Berater.

Das Parlament erfährt sowohl infolge der Marginalisierung der politischen Parteien als auch durch die Auswirkungen der Medienlogik auf seine eigenen Handlungsbedingungen einen spürbaren Bedeutungsverlust. Die Vertreterinnen und Vertreter der Regierungspartei(en) im Parlament stehen ja zum einen unter dem Eindruck der Erfahrung und des prinzipiellen Funktionswissens, dass sie ihren Wahlerfolg in ausschlaggebendem Maße der medialen Durchschlagskraft ihres Spitzenkandidaten verdanken. Sie können zudem täglich beobachten, dass Unstimmigkeiten zwischen den politischen Absichtsbekundungen ihres Regierungschefs und Vertretern der zugeordneten Parlamentsfraktion(en) dessen Mediencharisma schmälern und allmählich aufbrauchen. Darum sind sie in aller Regel zum voraus- oder eilenden oder nacheilenden Konsens mit dessen Vorgaben bereit.

Diese Tendenz wird noch verschärft, wenn Regierungschefs in außerparlamentarischen *Verhandlungssystemen* und *neokorporatistischen Gesprächsrunden* einen Konsens der großen Interessengruppen organisieren und diesen als ihren eigenen Regierungserfolg öffentlich vermitteln möchten. Dann schrumpft der Spielraum der Mehrheitsfraktion(en) zur Mitgestaltung der Regierungspolitik häufig auf Nachbesserungsforderungen in einzelnen Detailbereichen. An der Entscheidung über die großen Linien der Regierungspolitik ist (sind) sie in einer solchen Konstellation kaum noch beteiligt.

Die mediale Erfolgsstrategie Politainment ist kurzweilig und witzig, aber eben – leider – nicht nur. Auf dem Wege der Inszenierung können auch Inhalte in die Gesellschaft hinein transportiert werden, und zwar tiefer als über jede bierernste Darlegung. Das ist ihr demokratisches Potenzial. Für die Demokratie wirft die Ambivalenz der Inszenierungspolitik zwischen gefälliger Einladung zum Inhaltlichen und zum Placebo in dem Maße ein ernstes Problem auf, in dem die Unterschiede öffentlich verschwimmen und die Darstellungsregeln den ganzen politischen Prozess beherrschen. Der „Bildersturm“ kann gewiss keine Alternative

sein – vielleicht aber die gemeinsame Arbeit der Gesellschaft an einer neuen Kultur der Massenmedien. Sie müsste die Medien auch in der Inszenierungsdemokratie zum verlässlichen Anwalt des Publikums machen, der Politik zeigen, was sich lohnt und was nicht, und dann vielleicht doch den Inhalten und den (langsameren) Prozessen auch in der medialen Inszenierungswelt eine Chance lassen. Eine Art reflexiver Mediatisierung?

Theatralisierung und politische Urteilskraft

Es wäre dennoch verfehlt, die Theatralisierung der Politik unter dem medialen Inszenierungsdruck umstandslos mit deren Entpolitisierung gleichzusetzen. Vielmehr bewirken drei gewichtige Faktoren, dass Politik – selbst im Falle ihrer weitgehenden Theatralisierung – immer mehr ist als bloßes politisches Theater. Diese Faktoren bergen ein offenes Entfaltungspotenzial in sich, das die Rückgewinnung des Terrains politischer Rationalität in erheblichem Umfang zu einer Angelegenheit macht, die von der Politik selbst mit beeinflusst werden kann.

Erstens: Politische Kommunikation erschöpft sich nicht in ihrem öffentlich sichtbaren Teil. In Beratergremien und Parlamentsausschüssen, Kommissionen und Parteidiskussionen, Beratungsgesprächen und Bürgerinitiativen, die nicht direkt dem Inszenierungsdruck der Medienbühne unterliegen, spielt sich auch in der Mediendemokratie immer noch ein beträchtlicher Teil der handlungsrelevanten politischen Kommunikation ab. Sie können sich vielmehr, wenn auch in unterschiedlichem Maße, davon immer wieder distanzieren und diese selbstreflexiv zum Gegenstand kritischer Erneuerung machen.

Zweitens: Auch wenn theatralisierte Politik eine hervorragende Voraussetzung für die Zunahme symbolischer „Placebo-Politik“ ist, bei welcher Teile der Politik nur noch vorgespielt und nicht mehr real vollzogen werden, kann Politik auch in der Mediendemokratie nicht umhin, ihrem eigentlichen gesellschaftlichen Funktionszweck gerecht zu werden: der Vorbereitung verbindlicher Entscheidungen. Hieran wird sie im Falle großer Dissonanzen zwischen ihrer Herstellung und Darstellung am Maßstab der Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger in ihren Lebenswelten weiterhin gemessen.

Drittens: Empirische Studien haben gezeigt, dass die Theatralisierung des politischen Diskurses nicht automatisch seine Entpolitisierung bedeutet, da in allen Formen der politischen Inszenierung angemessene Synthesen mit dem politischen Informationsgehalt von Ereignissen hergestellt werden *können*, die es möglich machen, dass hochgradig inszenierte politische Ereignisse oder Berichte in durchaus angemessenem Maße eine authentische und informative Darstellung ihres Bezugsereignisses enthalten.[12]

Unter dem Druck insbesondere der privaten Fernsehanstalten nimmt auch in der Bundesrepublik gleichwohl der theatrale Inszenierungsaspekt nicht nur im Fernsehen, sondern auch in einem Teil der Printmedien einen wachsenden Raum ein und beherrscht einen sehr großen Teil der tatsächlichen Politikvermittlung. Die angemessene Berücksichtigung der politischen Informationen und Argumentationen, die zur Urteilsbildung über ein Thema oder eine Person notwendig wären, wird dabei in der Regel vernachlässigt. Die Massenmedien und ihr Inszenierungsdruck, unter dem diese selber stehen und unter den sie die Politik setzen, bilden letztlich nur eine *kommunikative Gelegenheitsstruktur.* Dabei kommt es nicht zu jenen Synthesen zwischen Inszenierungsregeln und den Sachverhalten der politischen Welt, die erforderlich wären, um die Inszenierung und Informativität in angemessenem Maße in Einklang miteinander zu bringen. Zu beobachten ist auch, dass die Medienschaffenden in beträchtlichem Maße dazu neigen, die Inszenierungspotenziale ihrer Themen und Personen voll auszuschöpfen, aber in weit selteneren Fällen die Inszenierung als mediales Vehikel verstehen, um die Informations- und Argumentationspotenziale ihrer Bezugsereignisse in gleicher Weise zur Geltung zu bringen. Diese Asymmetrie führt zur gegenwärtig zu beobachtenden Grundtendenz, dass angemessene politische Inszenierungen – sei es in der Politik selbst, sei es in den Massenmedien, in denen das Referenzereignis auf demokratiepolitisch haltbare Weise repräsentiert ist – eher die Ausnahme bilden, während die Inszenierung selbst allgegenwärtig ist.

Es wäre eine wichtige Aufgabe sowohl für verantwortlichen Journalismus als auch für eine gesellschaftliche Selbststeuerung des medialen Vermittlungssystems der Politik, dafür zu sorgen, dass die

12 Vgl. die Ergebnisse des interdisziplinären Dortmunder Forschungsprojekts in: T. Meyer/R. Ontrup/Chr. Schicha (Anm. 10), Kapitel 6.

Bedingungen inszenierter Politikvermittlung angemessen erfüllt werden.

In dieser Hinsicht spielen offenbar vor allem zwei subjektive und zwei objektive Faktoren die ausschlaggebende Rolle:

Erstens. Eine wichtige *subjektive* Voraussetzung besteht in der sachlichen Kompetenz der zuständigen Medienschaffenden, selbst über genügend Wissen und Urteilskraft auf den politischen Gebieten zu verfügen, über die sie berichten, so dass sie nicht auf oberflächliche Inszenierungen allein angewiesen sind oder auf diese, sofern sie von Seiten der Politik angeliefert werden, „hereinfallen". Die andere subjektive Voraussetzung besteht in der Verantwortungsbereitschaft der Medienschaffenden, im Rahmen der Produktionsverhältnisse, in dem sie jeweils stehen, für eine angemessene Synthese zwischen der medialen Inszenierung und dem berichteten Sachverhalt sorgen zu wollen.

Zweitens: Als wahrscheinlich wichtigste *objektive* Voraussetzung erweist sich die Medienökonomie. Journalisten, die unter einem enormen Zeitdruck stehen und für Recherche und gründliche Aufbereitung ihrer Produkte keine Kapazität haben, weil sie um die jeweils alleraktuellste Information mit anderen Medien konkurrieren müssen, werden nur in seltenen Fällen in der Lage sein, eine angemessene Synthese von Sachgehalt und Medienästhetik zu liefern. Wenn der *sozialkulturelle* Druck innerhalb der Medien selbst und in der Gesellschaft nicht vorhanden ist, wenn nicht auf Angemessenheit der Inszenierungen gedrängt und Verantwortung eingefordert wird, wird sich aus Gründen der Bequemlichkeit und der Ressourcenschonung eher die leichte und schnelle Inszenierung einbürgern als die verantwortliche und angemessene Synthese.

Die Medienschaffenden haben gegenüber der Politik eine wichtige Verantwortung. Solange von ihnen – durch die einseitige Anwendung der medialen Produktionsregeln – ein undifferenzierter Inszenierungsdruck ausgeht, dem die Politik entsprechen muss, wenn sie nicht die Kontrolle über deren Vermittlung gänzlich verlieren will, begünstigen sie die zunehmende Selbsttheatralisierung der Politik. Häufig geschieht das auch hier um den Preis der Entkoppelung von Darstellung und Herstellung. Soweit sie aber selbst die Angemessenheit der politischen Selbstinszenierung und deren Verhältnis zum Herstellungshandeln der Politik zum regelmäßigen Gegenstand ihrer Berichterstattung machen und auf Seiten der Politik auf Angemessenheit drängen, indem sie diese selbst in den Mittelpunkt ihrer journalistischen Betrachtung rücken, wird einerseits der pauschale Inszenierungsdruck, der gegenwärtig auf der Politik lastet, verringert und andererseits Angemessenheit medial honoriert.

Die Mediendemokratie besitzt tendenziell die Macht zur Verschiebung der Gewichte, Akteursrollen und Einflussströme, und dies nicht nur auf der Ebene der politischen Kommunikation, sondern im politischen System selbst. Sie ist jedoch kein hermetisch abgeschlossenes System. Reflexives Handeln der zentralen Akteure im Mediensystem und in der Politik können die laufenden Trends stoppen und, zumindest teilweise, auch wieder umkehren. Die schwerere Last ist jedoch die Neubestimmung der Balance von Medien und Politik.

Rainer Gries/Silke Satjukow

Von Feinden und Helden

Inszenierte Politik im realen Sozialismus

„Liebe Eltern! – Alljährlich begegnen wir in den ersten Septembertagen in unseren Straßen den kleinen Lernanfängern. An ihren erwartungsfrohen, festlich gestimmten Gesichtern kann man erkennen, dass dies ein großer Tag für sie ist. Vor unseren Kindern liegt eine glückliche Schulzeit in unserer sozialistischen Schule, und wohl keiner, der sie an ihrem ersten Schultag sieht, geht ohne Anteilnahme vorüber. In diesem Jahr wird Ihr Kind, liebe Eltern, auch dabeisein. Es ist vielleicht das erste Kind, das Sie in unsere Schule bringen, und Sie werden viele Fragen auf dem Herzen haben. Was wird das Kind lernen? Wie wird es erzogen werden? Was können wir Eltern tun?“

In der Broschüre für Eltern von Schulanfängern aus dem Jahr 1973, aus der hier zitiert wird, herausgegeben vom Ministerium für Volksbildung der DDR, bekamen die verunsicherten Väter und Mütter selbstverständlich auch die Antworten seitens der staatlichen Erziehungsbevollmächtigten mitgeliefert: *„Helfen Sie Ihrem Kind, zwischen Gut und Böse, zwischen Freund und Feind zu unterscheiden!“*

Das Kind höre die Erwachsenen von Krieg und Frieden reden und frage, was das bedeute. Es würde die Soldaten der Volksarmee sehen und wolle doch wissen, warum sie Soldaten seien. *„Antworten Sie richtig – die Soldaten bewachen unsere Grenze vor Feinden, damit du in Ruhe spielen kannst, damit Vati und Mutti arbeiten können und niemand unsere Wohnung zerstört? Oder geben Sie keine Antwort und meinen, dass das Mädchen oder der Junge dazu noch zu klein seien? Lassen Sie nicht zu, dass die Feinde des Sozialismus, die Feinde der Deutschen Demokratischen Republik, mit Hilfe von Fernseh- und Rundfunkstationen durch Lüge und Hetze versuchen, auf Sie und auf Ihr Kind Einfluss zu gewinnen! Ihr Kind soll nicht diesem Gift ausgesetzt werden! Sie würden es in große Konflikte bringen, ihm und seiner Entwicklung schaden.*

Es gibt so unendlich viele Fragen, und die müssen wir Erwachsenen ihnen in einer verständlichen Form, die beim Kinde ganz bestimmte Vorstellungen hervorruft, beantworten. Wir müssen sie so beantworten, dass wir schon bei den kleinen Kindern beginnen, die Liebe zu ihrem Arbeiter-und-Bauern-Staat anzuerziehen. Wenn sie in der Schule sind, merken sie sehr bald, ob Mutti, Vati und Lehrer sich einig sind. Gerade das ist so wichtig, weil es ihnen hilft, sich zurechtzufinden. Das ist dann der Keim zu einem sich neu entwickelnden Menschen, der den Sozialismus und den Frieden über alles liebt und den Krieg und die Kriegstreiber hassen wird.“[1]

Dieser Elternratgeber ließ keinerlei Zweifel daran aufkommen, wie das Bild der Kinder vom politischen Feind auszusehen hatte, wo die Feinde des Sozialismus standen und wer die Freunde eines friedlichen Alltags der Kinder waren. Und er ließ auch keinerlei Zweifel daran aufkommen, dass die Antworten in der Schule und zu Hause nicht unterschiedlich auszufallen hatten! Unmissverständliche Freund- und Feindbilder[2] sollten nach Auffassung der Parteioberen gerade in den siebziger Jahren verstärkt propagiert werden, denn eine ideologische Entspannung durfte es nicht geben. Die „neue Ostpolitik“ der Bundesrepublik und die „neue Westpolitik“ der Sowjetunion sollten weder einem neuen Welt- noch einem neuen Selbstbild des Sozialismus Vorschub leisten. *Die Grenzen* mussten aus der Sicht der Partei gewahrt bleiben – gerade in Zeiten, in welchen sie in Bewegung zu geraten schienen.

Die zweigeteilte Welt des Marxismus-Leninismus

Mit der Entstehung neuer, „sozialistischer“ Gesellschaftsordnungen seit dem Oktober 1917 konstitu-

1 Unser Kind kommt in die Schule, hrsg. vom Ministerium für Volksbildung der DDR, Berlin (Ost) 1973, S. 2 f.

2 Dieser Beitrag basiert auf der Tagung „Sozialistische Feindbilder. Zur Konstruktion des ‚Anderen‘ in osteuropäischen Ländern und in der DDR“, die von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, der Stiftung Ettersberg zur vergleichenden Erforschung europäischer Diktaturen und ihrer Überwindung, Weimar, der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin, dem Goethe-Institut Inter-Nationes, Weimar, und den Autoren im September 2003 veranstaltet wurde. Die Ergebnisse der Konferenz sollen in einem Sammelband dokumentiert werden, der 2004 im Leipziger Universitätsverlag erscheinen wird.

ierten sich neben positiven Selbstbeschreibungen auch entsprechende negative Bilder von dem „Anderen". In theoretischen Abhandlungen, mit publizistischen und propagandistischen Mitteln, aber auch administrativ, also mit Gesetzen, Direktiven und Verordnungen, zuweilen sogar mit Hilfe des Strafgesetzbuches, legten Ideologen und Propagandisten die Grundlagen für eine möglichst frühzeitige Vermittlung stereotyper Feindbilder. „Es kommt darauf an", heißt es etwa im Gefolge des 11. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im Jahr 1965, „der Jugend zu helfen, gegen den Imperialismus und die bürgerliche Ideologie selbstbewusst und standhaft aufzutreten und die Lügen und Verleumdungen des Feindes zu entlarven. Die klare Abgrenzung von der Geisteswelt des imperialistischen Feindes ist eine immer aktuelle Forderung an unsere politische Arbeit, weil der Kampf der gegensätzlichen ideologischen Konzeption in unserer Epoche natürlich auch der Kampf um die Jugend ist."[3]

In den sozialistischen Staaten entsprachen die Bilder von Feinden und Freunden einem durch und durch zweigeteilten Denkschema. Polare Argumentationsfiguren ließen nirgendwo dritte Wege, nirgendwo Schattierungen und Abstufungen zu. Ebenso unversöhnlich wie unverrückbar schienen sich die Pole konfrontativ gegenüberzustehen.

Auf der *philosophisch-ideologischen* Ebene[4] gilt das Gesetz vom Kampf der Gegensätze, die gleichwohl eine Einheit bilden. Lenin hatte es als den Kern dialektischen Denkens bezeichnet, für die marxistisch-leninistische Lehre stelle dieses eherne Gesetz die „innere Quelle aller Bewegung und Entwicklung in der materiellen Welt" dar.[5] Die unmittelbare Ursache von Fortschritt ist demzufolge der Kampf antagonistischer Gegensätze: „Er bewirkt die Veränderung und Umwandlung der Dinge und Erscheinungen; er führt zum Untergang des Alten, Überlebten und zum Sieg des Neuen."[6] Der Kampf der Gegensätze wird hier zum gottgleichen Beweger erhoben; eine neue Qualität der Entwicklung kann nur durch ein Um-Schlagen, eine Auf-Hebung der Gegensätze, erreicht werden.

Tertium non datur – eine dritte Möglichkeit gibt es nicht: Als der „grundlegende weltweite Widerspruch der gegenwärtigen Epoche" wird nicht zuletzt von daher „der Widerspruch zwischen den beiden Weltsystemen" definiert. Der grundlegende *politische und ökonomische Antagonismus* wird ausschließlich als Kampf zweier Pole interpretiert. Hierbei ringen das sozialistische und das kapitalistische Lager um die Vormacht, wobei der politische Antagonismus der USA und der Sowjetunion das Leitmotiv schlechthin darstellt. Dort die Vormacht des Imperialismus und des Militarismus, hier die des Friedenslagers. Dort die volksfeindliche Herrschaft des Monopolkapitals, hier die Herrschaft des Volkes, das die Produktionsmittel als sein Eigentum erkennt. In dieses polare Weltsystem ordnen sich wie selbstverständlich die beiden deutschen Nachkriegsstaaten ein: Westdeutschland und Westberlin werden zu Horten des Faschismus und des Revanchismus, zu Brutstätten der Feinde des Sozialismus.

Tertium non datur: Ein strenges Entweder-oder soll alles Denken und Fühlen durchziehen, das zweigeteilte Weltverständnis wird auf alle Ebenen heruntergebrochen. Das *Geschichtsbild* wird ebenso dichotom konstruiert wie die Bilder von der Zukunft. Die Gründungserzählung der DDR legitimiert diesen ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden mit seinem angeborenen Antifaschismus. Die DDR, so das propagandistische Selbstbild der fünfziger und sechziger Jahre, ist das Kind einer moralischen Tabula rasa: unschuldig am Krieg, unschuldig am „Faschismus".[7] Das Propagem[8] des *historischen Antagonismus* verbannt die „Geißel der Menschheit", so Erich Honecker, rigoros in eine Vorzeit, jedwede Verbin-

3 Rede von Egon Krenz, Erster Sekretär der FDJ: „Die Aufgaben der FDJ und der Pionierorganisation ‚Ernst Thälmann' nach der 11. Tagung des Zentralkomitees der SED", in: Pionierleiter, hrsgg. vom Organ des Zentralrates der FDJ für Funktionäre in der Pionierorganisation „Ernst Thälmann", Berlin (Ost) (1980) 1, S. 3.

4 Vgl. die grundlegende Schrift von Norbert Kapferer, Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945–1988, Darmstadt 1990.

5 Dialektischer und historischer Materialismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, Berlin (Ost) 1977, S. 198 ff., hier S. 199.

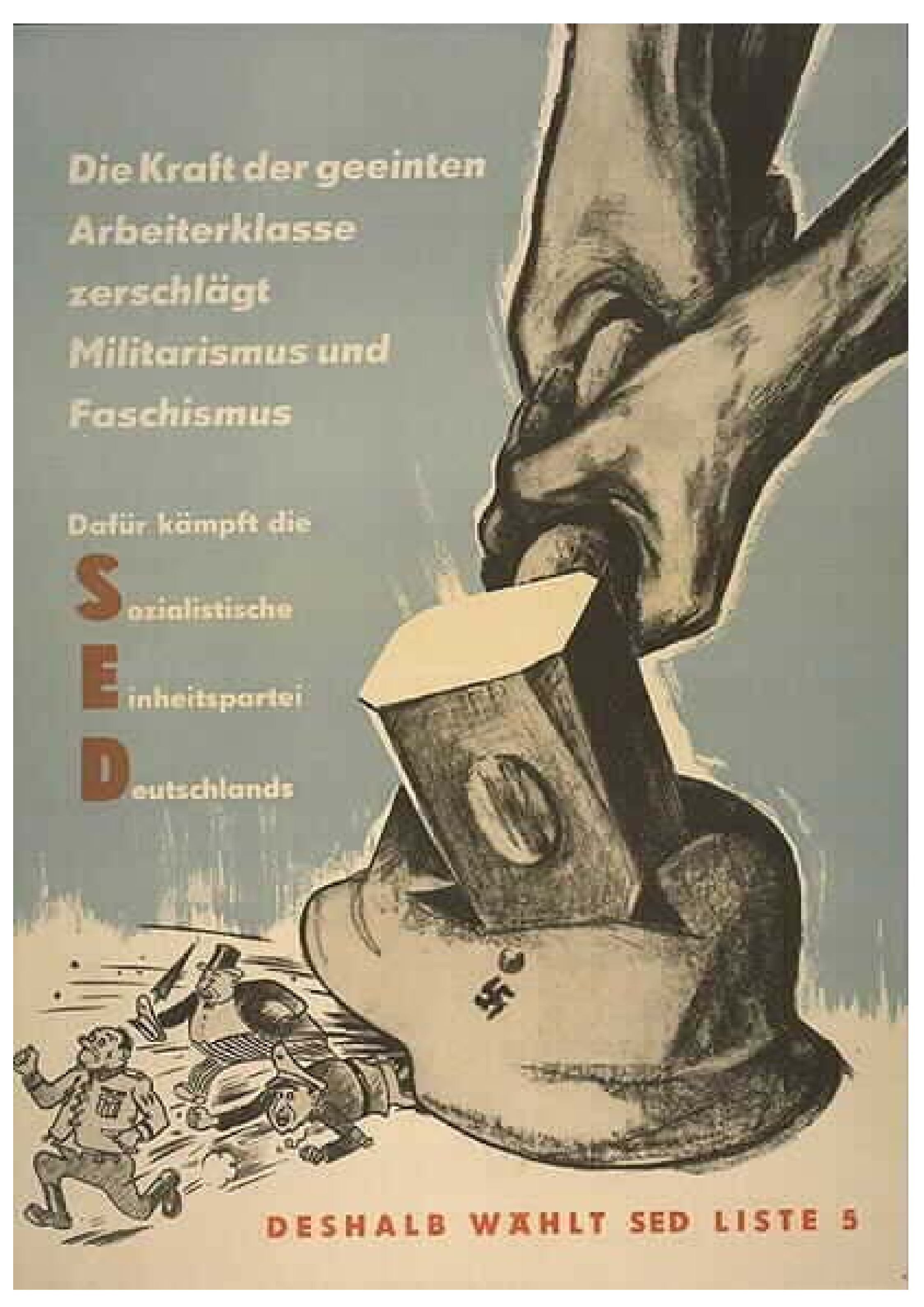
6 Ebd., S. 203.

7 Vgl. Antonia Grunenberg, Antifaschismus – ein deutscher Mythos, Reinbek bei Hamburg 1993; Annette Leo, Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 2001; Manfred Agethen, Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg im Breisgau 2002.

8 Unter Propagemen seien im Folgenden „semantische Marker" politischen Inhaltes verstanden, „Erzählungen" begrenzter Komplexität, die wiederholt und über lange Zeit mit Hilfe von Massenmedien einer breiten Zielgruppe vermittelt werden. Aufgrund ihrer elementaren semantischen Struktur sind sie in der Regel eingängig zu bebildern und erfolgreich zu kommunizieren. Propageme haben daher eine hohe Chance auf Aneignung und Akzeptanz durch die Vielen. Vgl. Rainer Gries, Ästhetik und Architektur von Propagemen, in: ders./Wolfgang Schmale (Hrsg.), Propagandageschichte als Kulturgeschichte, erscheint in der Reihe „Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit", Wien 2004 (i. E.).



Quelle: Deutsches Historisches Museum, Berlin.



Quelle: Deutsches Historisches Museum, Berlin.

dung des neuen Staatswesens zur unmittelbaren Vergangenheit wird negiert: Die DDR ist absolut rein und wird daher in den fünfziger Jahren häufig als Neugeborene dargestellt.[9] Ebenso verhält es sich mit den offiziösen Erwartungen an das Morgen: „Die Zukunft ist unwiderruflich auf unserer Seite“, schreibt Walter Ulbricht 1969. Der Kommunismus sollte im Jahr 2000 verwirklicht sein, dem sozialistischen Weltsystem würde das neue Jahrtausend gehören:[10] Für die überkommenen und überholten Gegner im Westen gab es schlicht keine Fortexistenz.[11]

Tertium non datur: Nicht anders verhält es sich mit dem Menschenbild: Das Propagem des *sozialen Antagonismus* lokalisiert auf der einen Seite die Gebeutelten und Ausgebeuteten, die Entrechteten und Geknechteten, die Ausgesetzten und Passiven, im Sozialismus aber, unter der Führung der Partei, die lichte Welt der Befreiten und Wissenden, der Gerechten, der Besseren und der Aktiven: Hier ist der Ort der Freunde, der Kämpfer und der Helden des Sozialismus.[12] Dort dagegen, im Widerstreit der gesellschaftlichen Klassen, muss die Sehnsucht nach Einheit eine Schimäre bleiben, hier, im Sozialismus, ist die Einheit aller Teile und Schichten des Volkes unter der schöpferischen Führung der Arbeiterklasse längst verwirklicht.

Wir haben es mit einem dichotom ausgerichteten Denk- und Fühlschema, einem Muster zur Wahrnehmung von Welt und Wirklichkeit zu tun, das mit den kommunikativen Machtmitteln von Partei und Staat explizit und implizit das Welt-, Fremd- und Selbstverständnis der Bevölkerung durchdringen soll. Alle kognitive Ordnung der Dinge hatte im Sinne dieser unbedingten Polarität zu erfolgen. Außerhalb dieser durfte es keine Möglichkeit der Orientierung, der Ein- oder Unterordnung geben. Dem Feindbild des Ostens liegt ein durchdringender Denk- und Fühlstil zugrunde, der einen ebenso polaren Kommunikationsstil nach sich zieht: Eine derart monolithische Philosophie requiriert eine monologische Kommunikation für sich.

Im Westen regierte ebenfalls ein polares Politikverständnis, vor allem in den fünfziger Jahren, gerade auch bei den herrschenden politischen und kulturellen Eliten.[13] Die dichotomen Freund-Feind-Erzählungen, welche in den politischen Öffentlichkeiten der sozialistischen Staaten von der politischen Propaganda angeboten wurden, unterschieden sich jedoch von den dichotomen Erzählungen, die man im Westen vermittelte.[14] Hier wurde dieses Schema nicht von einer zentralistischen Diktatur durchgesetzt, und es ließ sich nicht auf alle denkbaren Ebenen durchdeklinieren. Sicherlich reklamierten auch die politischen Machthaber im Westen einen Durchsetzungsanspruch für ihr Interpretationsmuster – doch ließen die dortigen pluralen Öffentlichkeiten stets Arenen für andere Propageme offen.

Das Denkschema der *unbedingten Polarität* fand sich in den sozialistischen Gesellschaften indes konsequent und abgestimmt von der Wiege bis zur Bahre umgesetzt: in Kinderzeitschriften wie „Bummi“, „Frösi“ oder „Atze“ respektive deren Pendants,[15] in der vorschulischen und schulischen Erziehung, bei den Pionier- und Jugendorganisationen, zur Jugendweihe und bei den Streitkräften, im Fernsehen und im Kino, in der Propaganda im Betrieb und auf der Straße: Alle Stationen der Sozialisation waren nicht zuletzt der Vermittlung dieses dichotomen Weltverständnisses und Wahrnehmungsschemas gewidmet.[16] „Wir gehen davon aus, dass ein subjektiv vermitteltes Freund-Feind-

9 Vgl. Rainer Gries/Monika Gibas, Die Inszenierung des sozialistischen Deutschland. Geschichte und Dramaturgie der Dezennienfeiern in der DDR, in: Monika Gibas/Rainer Gries/Barbara Jakoby/Doris Müller (Hrsg.), Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR, Leipzig 1999, S. 11–40, hier S. 32 f.

10 Vgl. Rainer Gries: „. . . Und der Zukunft zugewandt“. Oder: Wie der DDR das Jahr 2000 abhanden kam, in: Enno Bünz/Rainer Gries/Frank Möller (Hrsg.), Der „Tag X“ in der Geschichte. Erwartungen und Enttäuschungen seit tausend Jahren, Stuttgart 1997, S. 309–333, 375–378.

11 Vgl. auch Reinhard Günther, Feindbild Bundesrepublik aus der Sicht der DDR, Bonn–Bad Godesberg 1973.

12 Zur Konstruktion und zum kulturellen Leistungsvermögen der „Helden des Sozialismus“ vgl. Silke Satjukow/Rainer Gries (Hrsg.), Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR, Berlin 2002, und dies., Von Menschen und Übermenschen. Der „Alltag“ und das „Außeralltägliche“ der „sozialistischen Helden“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/2002, S. 39–46.

13 Vgl. Ute Benz/Wolfgang Benz, Deutschland, deine Kinder. Zur Prägung von Feindbildern in Ost und West, München 2001; Vorurteile – Stereotype – Feindbilder. Informationen zur politischen Bildung, München 2001; Zur Analyse außenpolitisch relevanter Feindbilder in der Bundesrepublik 1949–1971, Studien 1–9 (Studien aus der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung), Frankfurt/M. 1977.

14 Zu wissenschaftlichen Konjunkturen, Theorieentwicklungen und Begriffsbildungen des Feindbildes in der westlichen Forschungslandschaft vgl. Christoph Weller, Feindbilder. Ansätze und Probleme ihrer Erforschung, Bremen 2001; Anne Katrin Flohr, Feindbilder in der internationalen Politik: ihre Entstehung und ihre Funktion, Münster 1993.

15 Vgl. Olga M. Prawossudowitsch, Freund und Feind in den Kinder- und Jugendzeitschriften der DDR. Eine Studie über die wehrerzieherischen Inhalte in Kinder- und Jugendzeitschriften der DDR in dem Zeitraum von 1966–1971, Bonn-Bad Godesberg 1973.

16 Vgl. Lothar von Balluseck, Die guten und die bösen Deutschen. Das Freund-Feind-Bild im Schrifttum der DDR,

Bild, das nicht auf der Grundlage marxistisch-leninistischer Erkenntnisse beruht, zu einer Verschleierung des Freundes beziehungsweise des Feindes führt und nicht zur Herausbildung grundlegender Überzeugungen und eines festen Klassenstandpunktes bei den Schülern beiträgt", so ein Pädagoge und Propagandist programmatisch 1970. Es komme darauf an, keine abstrakten Freund-Feind-Vorstellungen zu schaffen, „sondern das Freund-Feind-Bild mit typischen Vorstellungen, Erkenntnissen, Begriffen und Überzeugungen über gesellschaftliche Probleme, insbesondere über den Zusammenhang zwischen Imperialismus – Sozialismus und nationaler Frage, zu füllen." Denn: „Die Entwicklung eines klassenmäßigen Freund-Feind-Bildes bei unseren Schülern und Jugendlichen . . . hat für das Erkennen und Werten gesellschaftlicher Prozesse in der Gegenwart und Vergangenheit sowie für die Haltung in der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus in Deutschland und in der Welt eine große Bedeutung."[17]

Inszenierungen von Ideologie

Mit der durch Wladimir I. Lenin vollzogenen Gleichsetzung von Marxismus und Revolution wurde auch für die nach 1945 unter sowjetischer Hegemonie stehenden Staaten ein regelrecht militantes Freund-Feind-Denken zur obersten Maxime kommunistischer Ideologie und Politik. Ein zentrales Element der intentional monologischen Kommunikation „von oben" bildete ein ganzer Reigen propagandistischer Routinen und Rituale. Diese sollten nicht nur politische Symbole *darstellen,*[18] sondern sie sollten symbolische Politik *sein*! Von den Bürgerinnen und Bürgern der DDR wurde daher nicht bloß passive Teilnahme erwartet, sondern aktive Teilhabe am rituellen Geschehen.

Wie sehr Rituale in der sozialistischen Gesellschaft nicht nur Politisches *repräsentierten*, sondern *Politik waren*, zeigt exemplarisch das Geschehen an den so genannten Ehrentribünen auf: In regelmäßigen zeitlichen Intervallen, zum Ersten Mai und zu den „Geburtstagen der Republik", fand an diesen Tribünen eine rituelle Begegnung von Herrschenden und Beherrschten statt, eine Begegnung, die Loyalität und Legitimität vorführen *und stiften* sollte.[19] Auch hier ist das dichotome Grundmuster mitsamt seinen klaren Grenzmarkierungen nachweisbar. Auf der einen Seite marschierten die Werktätigen: Sie zeigten im Vorbeimarsch, dass sie die vorgegebenen Pläne erfüllt oder sogar „übererfüllt" hatten, sie beglaubigten ihre Treue zur Partei und zum Staat, scharten sich hinter die gültigen Losungen, demonstrierten die traditionellen deutschen Tugenden, ergänzt um sozialistische Werte wie „Friedensliebe", „Geschlossenheit", „Fröhlichkeit". Auf der anderen Seite, auf der Tribühne, standen die Repräsentanten der Partei- und Staatsführung, sorgfältig ausgewählt und mit Bedacht aufgereiht: Ihr väterlich-wohlwollender Blick versprach, auch künftig für Ruhe und bescheidenen Wohlstand, für soziale Sicherheit und für relative Ungestörtheit in geduldeten privaten wie halböffentlichen Nischen zu sorgen. Dieses Versprechen bekräftigten sie durch das Volksfest, das sie unmittelbar nach dem Vorbeimarsch farbenfroh offerierten. Den Kern dieses Rituals bildete ein archaisch-„paternalistisches" Tauschgeschehen.[20] Das archaisch-feudale Ritual des Austausches von Gaben und „Geschenken"[21] gehörte zu den zentralen kommunikativen Akten der Rituale in der DDR; geradezu mustergültig wurde dieser Handel an der Tribüne zelebriert. Hier trafen also nicht nur „Oben" und „Unten" aufeinander, sondern wurde darüber hinaus auch immer wieder der Versuch gemacht, die von oben kommenden ideologischen und politischen Forderungen mit den von unten kommenden Ansprüchen des Alltags in Einklang zu bringen. Das Treffen von Führung und Volk an der Tribüne erneuerte somit in regelmäßigen Zeiträumen ein „Treue-Schutz-Gelöbnis" zwischen „Bürgern und Obrigkeit". Und selten wurde die Grenze zwischen den Sphären so deutlich markiert: Die Obe-

Bonn-Bad Godesberg 1972; Wolfgang Henrich, Das unverzichtbare Feindbild, Bonn 1981.

17 Horst Adam, Entwicklung des Freund-Feind-Bildes im Staatsbürgerkundeunterricht der Klassen 7 und 8, in: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, Heft 2, Berlin (Ost) 1970.

18 Zur Inszenierung von „oben" vgl. Andreas Pribersky, Symbole und Rituale des Politischen. Ost- und Westeuropa im Vergleich, Frankfurt/M. 1999.

19 Vgl. Rainer Gries/Monika Gibas, „Vorschlag für den Ersten Mai: die Führung zieht am Volk vorbei!" Überlegungen zu einer Geschichte der Tribüne in der DDR, in: Deutschland Archiv, 28 (1995) 5, S. 481–494.

20 Vgl. Birgit Sauer, „Es lebe der 1. Mai in der DDR!" Die politische Inszenierung eines Staatsfeiertages, in: Horst Dieter Braun/Claudia Reinhold/Hannes A. Schwarz (Hrsg.), Vergangene Zukunft. Mutationen eines Feiertages, Berlin 1991, S. 115 ff.

21 Im Sinne von Marcel Mauss, Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften, Frankfurt/M. 1984[2]; Rainer Gries, „. . . deckt alle mit den Tisch der Republik!" Kleine Geschichte der Geburtstagsgeschenke, in: M. Gibas/R. Gries u. a. (Anm. 9), S. 86–90.

ren standen oben, während die von unten auch unten liefen.

Die Herrschenden kommunizierten mit den Beherrschten durch Rituale.[22] Mehr noch: Es ist davon auszugehen, dass jegliche Kommunikationen zwischen Volk und Führung im Sozialismus überwiegend rituelle Anteile aufwiesen: Ästhetisierte, visuelle und verbale Ritualisierungen stellten kanalisierte und restringierte politische Kommunikationen dar, die der Partei- und Staatsführung ein Maximum an Sicherheit vor unkontrollierten, eigenwilligen Artikulationen durch die aus ihrer Sicht stets suspekten Vielen boten. Hierbei handelt es sich um Kommunikationsformen, die gleichwohl bedeutende soziale, kulturelle und politische Leistungen erbrachten. Freilich, auch Rituale und scheinbar festgezurrte, unverrückbare Kommunikationen vermochten keinen hundertprozentigen Schutz vor eigenwilligen Äußerungen und Handlungen zu bieten.

Die Rituale des Sozialismus setzten einen Akt der Vergemeinschaftung in Szene: Sie sollten ein DDR-eigenes Wir-Verständnis und Wir-Gefühl nicht nur öffentlich vorführen, sondern tatsächlich aufbauen. Das leisteten sie nicht nur durch feierlich inszenierte gemeinschaftliche Handlungen, sondern auch, indem sie das *polare Denk- und Fühlschema* aufriefen. Daher vergaßen die Regisseure politischer Öffentlichkeiten niemals, auch die polaren Freund-Feind-Erzählungen in die Dramaturgie der politischen Rituale als integrierenden Bestandteil einzubauen.

Protagonisten der Propaganda: Das Heer „der Feinde“

„Hast Du sie Dir genau angesehen, Joe? Die Teens und die Twens? Die Bürstenhaare? Die auf die Haut geklebten Bluejeans? Die Lederjacken à la Marlon Brando? Die grellbunten Nickys?“ Diese rhetorischen Fragen stellte die Ostberliner „Wochenpost“ 1961, kurz nach dem Mauerbau, einem fiktiven farbigen und demnach mutmaßlich unterprivilegierten US-Soldaten, der in Berlin stationiert war. Die jungen Leute, die hier als Feinde figurierten, wurden nicht nur als „gekaufte“ Provokateure des Westens gebrandmarkt, sondern überdies als die Agenten der herrschenden weißen Bourgeoisie entlarvt. Solcherart Feinde, „die Teens“ und „die Twens“, werfen jetzt mit Steinen nach der Volkspolizei, die doch bloß ihre Pflicht tut! Und, so die Argumentation weiter, in den Vereinigten Staaten würden dieselben Typen zur gleichen Zeit gegen „unschuldige Negerkinder“ vorgehen.[23] Die Provokateure sind leicht auszumachen, denn sie tragen die Symbole westlicher Jugendkultur: Nickys, Lederjacken und Blue Jeans – und sie überschreiten die Grenze in mehrfacher Hinsicht.[24]

Dieses Feindbild-Narrativ kennzeichnet Jugendliche aus Westberlin als Feinde der sozialistischen Ordnung – mithin auch als Feinde der neuen Grenze und der neuen Wirklichkeit, die sie einrichtet. Dies scheint symptomatisch: Feindbilder markieren immer auch Grenzen, in diesem Fall ist die Grenze sogar physisch wahrnehmbar, die Mauer in Berlin nämlich. Die Vorstellung von Freunden auf der einen und Fremden auf der anderen Seite impliziert zwangsläufig eine scharf gezogene Demarkationslinie – und zwar im ursprünglichen Wortsinn.

Der hier vorgestellte Feind-Typus zählt zu den *äußeren Feinden* – Figuren, die ihre Wühlarbeit gegen das Neue vom Boden des Alten aus organisieren: die Vereinigten Staaten, die Bundesrepublik, in den vierziger und fünfziger Jahren ab und an noch Großbritannien. Damit ist die Topographie des politischen Feindbildes in der DDR hinlänglich beschrieben, andere Länder des Westens werden in der Regel nicht mit Feindbildern aufgeladen.

Vor allem aber „Berlin-West“ musste als das feindliche Territorium par excellence gelten: „Währungsspekulanten, Grenzgänger und Schieber sorgten für einen ständigen Aderlaß der DDR an Gütern und geistigen Werten. Ausländische Agenten nutzten die offene Grenze nach Berlin-West zur Sabotage und Spionage. Als ‚Brückenkopf‘ und ‚Frontstadt‘ geisterte Berlin-West in den Köpfen Bonner Politiker und in NATO-Kriegsplänen. . . Berlin mit seinen offenen Grenzen war ein idealer Tummelplatz für Provokateure, für Gelichter aller Art, für Geschäftemacher, für Schmutzfinken. . . Achtzig Agentenorganisationen hatten sich dort etabliert. Und Agentenorganisationen befassen sich bekanntlich nicht mit Volkstänzen und anderem erbaulichen Zeitvertreib. Von Westberlin wurde eine großangelegte Abwerbung betrieben, Fachleute, Techniker, Ärzte, Lehrer wurden besto-

22 Vgl. Dieter Vorsteher (Hrsg.), Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, München – Berlin 1996.

23 Hallo Joe!, in: Wochenpost, (1961) 36, S. 8.

24 Vgl. Wochenpost, (1961) 44, S. 3.

chen, und viele ließen sich bestechen. Von Westberlin aus wurde eine nie gekannte Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik betrieben. Die ‚Flüchtlings‘propaganda der Springer-Zeitungen erinnerte fatal an die ‚Flüchtlings‘propaganda der Hitler-Presse kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges. Von Westberlin aus wurde der Versuch unternommen, die DDR ‚auszukaufen‘.“[25]

In Bonn regierten diesem Welt- und Selbstverständnis zufolge „Nazis“, „Faschisten“ und „Kriegsverbrecher“. Von den westdeutschen Statthaltern des „US-Imperialismus“ und „-Kolonialismus“, den „Handlangern der Rüstungsmonopole“ und „Marionetten der Springerpresse“, von den dortigen „Bankherren“, „Aktionären“, „Großgrundbesitzern“ und „kapitalistischen Meinungsfabrikanten“[26] war nur das Schlimmste zu erwarten: Sie mussten als „Kriegstreiber“ gelten, rüsteten permanent auf und schickten ihre Agenten zur Sabotage der sozialistischen Ordnung.

Zwischen den äußeren Feinden und den *inneren Feinden* gab es vielfältige dunkle Verbindungen. Die inneren Feinde wurden von den äußeren nicht nur angeleitet, sondern auch „bezahlt“ – ebenso wie die schon genannten jugendlichen „Grenzprovokateure“ an der Mauer. Sie werden zu Söldnern des Kapitalismus und Militarismus. Wer die Grenze überschreitet, wird zum Feind, lautet die Regel. Zu den inneren Feinden zählten in den fünfziger Jahren daher auch die so genannten Grenzgänger[27] in Berlin. Diese Gruppe von Arbeitern war der Partei deshalb ein Dorn im Auge, weil sie in Betrieben Westberlins arbeiteten und im Ostteil der Stadt wohnten und lebten: „Zum anderen bestahlen sie uns. Sie tauschten ihr ‚Westgeld‘ 1 zu 4, 1 zu 5, 1 zu 6 um, nutzten bei uns die niedrigen Mieten, die Tarife, die Lebensmittelpreise, spielten dafür den ‚dicken Max‘.“[28]

Eine der wichtigsten Gruppen aus der Vielzahl innerer Feinde stellten die tatsächlichen und vermeintlichen Wirtschaftssaboteure dar, personifiziert etwa als „Otto Murks“ und in unzähligen Kampagnen gegeißelt: „Es wird nicht leicht sein, sich das Gesicht des Bösewichtes einzuprägen, denn Murks hat tausend Gesichter! Sah er noch vor dem Frühstück aus wie Werkdirektor Krause – um zehn Uhr kann er schon dem Meister Müller ähneln. Er könnte mit dem Genossenschaftler Brauer ebenso verwechselt werden wie mit dem Architekten Blau; und sicher wird er irgendwo mit unruhigem Gewissen mit dem Malermeister Schrupp in einen Topf geworfen werden können. Darum: Hinfort mit ihm!“[29]

Nicht nur die Westberliner Jugend, auch Vertreter des eigenen Nachwuchses konnten zu Zeiten in den Verruf kommen, Feind zu sein. Junge Leute, die sich in den sechziger Jahren am Rhythmus und an den Rhythmen des Westens begeisterten, die nicht dem Bild der Staatsjugend entsprachen, liefen stets Gefahr, als Rowdies erkannt und entsprechend behandelt zu werden. Der Terminus „Rowdytum“ beschrieb nicht nur ein propagandistisches Feindmuster, einen Typus, der an Elementen westlichen Kleidungs-, Musik- und Lebensstils zu erkennen war, sondern auch eine strafrechtliche Kategorie. Seit 1968 konnte man wegen „Rowdytums“ angeklagt und verurteilt werden.[30]

Auf propagandistischer Ebene wurde der ideologische Dualismus in leicht kommunizierbare Bilder gegossen: Positiv besetzte Figuren, die „neuen Menschen“, personifiziert in „den Helden“ oder „den Freunden“, und negative Figuren, „die Feinde“, „die Militaristen“, „die Kapitalisten“ oder „die Saboteure“, bevölkerten die Propagandabühne der sozialistischen Staaten. Mit diesen Figuren und den mit ihnen verbundenen Erzählungen sollte „das Eigene“ und „das Andere“ „vermenschlicht“ werden. Damit dienten diese Figuren den Machthabern als Sinnbilder des komplexen ideologischen Systems des Sozialismus und seiner nicht minder komplexen politischen und sozialen Deutungen. Nichts konnte die Bedrohung durch „den Kapitalismus“ und „den Militarismus“ des Westens eingängiger veranschaulichen als Bilder vermeintlicher „Kapitalisten“ und „Militaristen“. Nichts war im Stande, die postulierte Überlegenheit des Sozialismus glaubhafter zu machen als Bilder von überzeugten Sozialisten: Ein richtig gewähltes Gesicht vermag mehr als tausend Worte zu sagen: Die moderne Verhaltensforschung weiß, dass es Hierarchien der Einprägsamkeit und Hierarchien der Vertrauensbildung gibt: Durch Bilder lässt sich ein Maximum an Informationen weit schneller und weit wirksamer als durch Sprache vermitteln. Und die Erfahrung wirklicher Men-

25 Kurt Rückmann, Sonntag, der dreizehnte, in: Wochenpost, (1986) 33, S. 16 f.

26 Walter Ulbricht, Zum Geleit, in: Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.), Werk der Millionen, Leipzig – Jena – Berlin 1969, S. 7.

27 Zur Grenzgänger-Agitation vgl. Jörn Schütrumpf, Das Grenzgänger-Problem im Berliner Raum 1948/1949 bis 1961. Dissertation, Berlin (Ost) 1986.

28 K. Rückmann (Anm. 25).

29 Der Mann mit den tausend Gesichtern, in: Eulenspiegel, 18 (1963) 2, S. 2.

30 Vgl. Thomas Lindenberger, Volkspolizei. Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat 1952 – 1968, Köln – Weimar – Wien 2003, S. 382 – 448.

schen und die Bilder von Menschen stehen in diesen Hierarchien an erster Stelle. Menschliche Zeugen und ihre Abbilder werden sehr viel besser erinnert als konkrete Wörter.[31] Mit Bedacht ausgewählte Figuren der Propaganda vermögen das Risiko zu vermindern, dass eine politische Botschaft unverständlich formuliert und kommuniziert wird, denn die Physiognomie solcher Figuren kann im Idealfall essenzielle Kernaussagen bündeln und sie auf die Gesichts- und Wesenszüge eines Menschen projizieren. Der Einsatz einer Propaganda mit menschlichem Antlitz macht die Kommunikation aus dem Blickwinkel der Ideologen und Propagandisten präziser. Überdies lässt sich die Kommunikationsabsicht recht genau auf bestimmte Zielgruppen zuschneiden, indem man adäquate Figuren „schafft". Ideologische Schulungen, trockene Agitationsbroschüren oder langatmige Reden lassen sich womöglich mit einigem Geschick umgehen, aber an den nahezu allgegenwärtigen menschlichen Inkarnationen von Gut und Böse, von Schlecht und Recht, den Helden und Feinden des Sozialismus, kommt keine Generation vorbei: Diese Figuren und ihre Narrative fordern immer wieder Wahrnehmung und Aufmerksamkeit – unbeschadet dessen, wie man sich zu ihnen stellen und verhalten will.

Das Grenzregime der Feindbilder

„Feindbilder" können somit als Kommunikationsmuster verstanden werden, die „das Andere" personifizieren und typisieren. Sozialpsychologen charakterisieren diese Erzählungen vom feindlichen Gegenüber als „negative, hoch emotionale veränderungsresistente Vorurteile", die – und das ist entscheidend – bis „zur phantasierten oder gar realen Vernichtung des Gegners" führen können.[32]

Feindbild-Narrative leben von extrem negativen inhaltlichen Zuschreibungen und zeichnen sich durch hohe Stereotypisierungen aus. Sie sind integrierende Bestandteile von übergeordneten bipolaren Schemata, von dichotomen Welt- und Selbstbildern, und ermöglichen durch eine Semantik des Entweder-oder eingängige Verbalisierungen und Visualisierungen. Die einfache semantische Struktur und die Möglichkeit, Feindbilder in unkomplizierte Bilder gießen zu können, schaffen bei den Vielen in der Regel eine rasche Wahrnehmung und Akzeptanz. Freund-Feind-Konstellationen weisen schließlich eine beachtliche Stabilität auf, die über Generationen hinweg im kommunikativen wie kulturellen Gedächtnis weitergegeben werden. Im Gegensatz zu anderen Verallgemeinerungen wie etwa bloßen Vorurteilen sind sie, einmal mit Erfolg kommuniziert, nur mit großem Aufwand zu modifizieren.

Feindbilder – seien es nun Vorstellungen traditioneller Gemeinschaften oder moderner Gesellschaften – folgen stets ähnlichen Mustern: Die eigene Gruppe, die eigene Gesellschaft, die eigene Nation wird überwiegend mit positiven Attributen versehen, „die anderen" erfahren rigide Abwertungen. Feindbilder gehen stets von einem *Worst-Case-Denken* aus. Vergleichbare Verhaltensweisen der eigenen und der anderen Seite werden nach unterschiedlichen Maßstäben bewertet. Die militärischen, ideologischen und ökonomischen Intentionen und Möglichkeiten des Gegners werden übertrieben wahrgenommen, denn der Feind hegt ja von Natur aus aggressive Absichten. Der Feind gibt ein monolithisches Bild ab: Die Zentralität und Geschlossenheit des Gegners wird maßlos überschätzt. Dabei scheint es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen einer weithin homogenen Wahrnehmung des Gegners und dem subjektiven Bedrohungspotential zu geben: Je größer und schlagkräftiger der Feind ist, desto höher ist die Bedrohung und – als Erwiderung – desto stärker ausgeprägt das Feindbild.

Gemeinschaften, und das trifft sowohl für Diktaturen wie für Demokratien zu, bestimmen auf eine ähnliche Weise ihr Verhältnis zum Raum, ihr Verhältnis zu ihrer Umwelt. Sie idealisieren das Hier, das eigene Territorium, indem sie ihm alles Gute und alles Ganzheitliche anheften, alles Üble und Fragmentierte jedoch der Außenwelt zuschreiben.[33] Der jenseits dieser Grenze verwiesene Feind wird zwar damit aus dem eigenen Territorium entfernt und unschädlich gemacht, gleichzeitig aber wird er zur eigenen Stabilisierung *benutzbar.* Dabei sind die Vorstellungen vom „Draußen" – dem Ort der Anderen – in hohem Maße projektiv gefärbt. Gefährliches Material aus dem Unbewussten, das im Hier nicht geduldet werden kann, wird auf die externe Welt, auf die Welt „der Feinde" gespiegelt. Das bedeutet, dass es teilweise eigene, negierte Anteile sind, die dem Gegenüber angeheftet werden. Insofern repräsentiert „der

31 Vgl. Werner Kroeber-Riel, Bildkommunikation. Imagerystrategien für die Werbung, München 1995, S. 75.

32 Gert Sommer, Zur Psychologie von Feindbildern, in: Hartmut Voit (Hrsg.), Geschichte ohne Feindbild?, Erlangen 1992, S. 13–31, hier S. 15 f.

33 Vgl. Peter Jüngst, Territorialität und Psychodynamik. Eine Einführung in die Psychogeographie, Gießen 2000.

Feind“ die negative Spiegelung des positiven Selbstbildes der eigenen Gruppe.

Die solchermaßen gesellschaftlich akzeptierte oder gar geförderte Externalisierung eigener negativer Anteile scheint für das Überleben von Gruppen von hoher Bedeutung zu sein. Die Verlagerung drohender gruppeninterner Konflikte ermöglicht – zumindest zeitweilig – die Überdeckung der inneren Spannung und die Förderung der eigenen Kohärenz. Die innere Integration wird also auf Kosten der Verfestigung des Konflikts mit einem äußeren Feind erreicht.[34]

So sind der in der frühen Bundesrepublik verbreitete Antikommunismus ebenso wie der gegen Westdeutschland gerichtete Vorwurf des „Revanchismus“ seitens der DDR-Regierung vor dem Hintergrund der Konsolidierung des jeweiligen politischen Systems zu analysieren. Die gegenseitig gepflegten und inszenierten Freund- wie Feindbilder sollten mithelfen, das eigenstaatliche respektive das „nationale“ Selbstbewusstsein der Deutschen in Ost und West zu stabilisieren. Entsprechend diesem Funktionszusammenhang scheint sich jede der an wechselseitigen Projektionen beteiligten Gesellschaften darum zu bemühen, die Separierung von den jeweils Anderen *aufrecht*zuerhalten. Um einer gerade drohenden Vermischung des eigenen Wir und mit demjenigen der Anderen vorzubeugen, müssen reale, vor allem aber symbolische Grenzen errichtet werden.[35] Die immer und immer wieder erzählten Feindbilder produzieren daher präzise Vorstellungen von der Scheidelinie dieser bipolaren Welt, und sie fordern ein rigides Grenzregiment ein – in den Köpfen und Herzen der Menschen ebenso wie an einem „Eisernen Vorhang“.

34 Vgl. Stavros Mentzos, Pseudostabilisierung des Ich durch Nationalismus und Krieg, in: Christa Rohde-Dachser (Hrsg.), Über Liebe und Krieg. Psychoanalytische Zeitdiagnosen, Göttingen 1995, S. 66–103, hier S. 74 f.
35 Vgl. Howard F. Stein, Developmental Time, Cultural Space. Studies in Psychogeography, Norman-London 1987, S. 53.

Die persönliche, familiale und soziale Nähe zu den vermeintlichen Feinden im Innern wie draußen verlieh den meisten Feindbildkonstruktionen in der DDR freilich wenig Durchsetzungskraft. An das globale Feindbild eines faschistisch-revanchistisch-militaristischen „Westdeutschland“ vermochten nur wenige zu glauben. Überdies wurde das feindliche Fremdbild von der „BRD“ stets durch das replizierte Selbstbild Westdeutschlands konterkariert. In der DDR handelte es sich ja nicht um eine in sich abgeschlossene politische Öffentlichkeit, sondern um eine, die durch westliche politische und kulturelle Botschaften aufgebrochen war. Das westliche Selbstbild wurde durch konventionelle Medien wie Rundfunk und Fernsehen, aber auch durch westliche Produkte[36] und durch die begeisterten Erzählungen der Westreisenden im Rentenalter transportiert. Diese mannigfaltigen kommunikativen Überlagerungen des Freund-Feind-Diskurses in der DDR führten manche vom Sozialismus aufgebaute gruselige Schimäre in den Augen der Vielen ad absurdum.

Internethinweise

„Helden“ des Sozialismus:
hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/type=rezbuecher&id=2087&verlage=

www.bpb.de/publikationen/2WFRE6,3,0,Von_Menschen_und_%DCbermenschen.html

www.univie.ac.at/Publizistik/Gries.htm

„Feinde“ des Sozialismus:
www.h-net.msu.edu/reviews/exhibit/showrev.cgi?path=470

hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/type=tagungsberichte&id=299

www.leipziger-kreis.de/home.htm

36 Zur Kommunikationsleistung von Waren und Produkten vgl. Rainer Gries, Produkte als Medien. Kulturgeschichte der Produktkommunikation in der Bundesrepublik und der DDR, Leipzig 2003.

Dieter Rucht

Die medienorientierte Inszenierung von Protest

Das Beispiel 1. Mai in Berlin

Kollektive Proteste in westlichen Demokratien sind nur selten spontane Äußerungen von Unzufriedenheit und Kritik. Zumeist wird ihr Zeitpunkt und Ablauf detailliert geplant. Viele Proteste, sowohl die spektakuläre Aktion einer kleinen Gruppe als auch der Massenprotest von Hunderttausenden, erfordern eine mehr oder weniger aufwändige logistische Vorbereitung, die der breiten Öffentlichkeit verborgen bleibt. Was jedoch sichtbar werden kann und soll, ist das Protestereignis selbst. Es dient nicht allein dazu, einen politischen Gegner zu beeindrucken. Vielmehr suchen die Protestierenden die Aufmerksamkeit – und möglichst auch Zustimmung – des breiten Publikums. Erst über die Berichterstattung der Massenmedien, insbesondere von Tageszeitungen, Radio und Fernsehen, wird ein Protest für große Teile der Bevölkerung überhaupt wahrnehmbar und in diesem Sinne „existent". Die Massenmedien übernehmen hierbei keineswegs die Funktion eines Spiegels. Sie sind vielmehr Instanzen, die, sofern sie überhaupt berichten, bestimmte Aspekte des Protestes hervorheben und andere ausblenden, die loben oder tadeln, die Gegner des Protests, aber auch Reaktionen des Publikums, beachten oder aber ignorieren. Medien weisen – in der Terminologie der Kommunikationswissenschaft – zwangsläufig einen *description bias* auf.

Die Protestakteure wissen um die Schlüsselrolle der Massenmedien und stellen diese bei ihrem Tun in Rechnung. Entsprechend kalkulieren sie ihre Forderungen, Parolen, Zeichen und Handlungen. Dabei ist im Verlauf der letzten Jahrzehnte immer deutlicher die Tendenz erkennbar, Auftritte mit Blick auf die Medienresonanz regelrecht zu inszenieren.[1] Dieses „In-Szene-Setzen" von Protesten gleicht in mancher Hinsicht einer Theatervorstellung, gibt es doch auch für Proteste immer deutlicher – im wörtlichen oder übertragenen Sinne – Bühnen, Skripte, Rollen und nicht zuletzt ein Publikum, das die Ereignisse direkt vor Ort oder indirekt in den Massenmedien verfolgen kann. Freilich sollte die Metapher eines Protest*theaters* nicht überstrapaziert werden. Zwischen der Kunstform des Theaters und dem politischen Protest bestehen wesentliche Unterschiede. Die Protestakteure werden von keinem Arbeitgeber engagiert; selten hält ein einzelner Regisseur die Fäden in der Hand; die Zusammensetzung des „Ensembles" steht nicht vorab fest; auch nimmt das geplante Stück zuweilen eine für alle Beteiligten überraschende Wende. Anders als bei den meisten Theaterstücken wollen die Protestakteure zudem das Publikum zum Mitmachen bewegen. Vor allem aber handelt es sich nicht nur um ein fiktionales Spiel, sondern um ein Stück „reales Leben", in welchem die Akteure sich selbst darstellen. Es geht ihnen nicht oder nicht primär um Unterhaltung, sondern um die Veränderung gesellschaftlicher bzw. politischer Zustände. Sieht man von ausdrücklich theatralischen Einlagen im Rahmen von Protestaktionen einmal ab, so bemühen sich die Akteure, das zu sagen, was sie meinen, und als das zu erscheinen, was sie sind. Gleichwohl bleibt der öffentliche Protest eine Handlungsform, dem ein Moment der Inszenierung anhaftet. Doch Gleiches gilt auch für viele unserer Rollen im Alltag und Beruf sowie für zahlreiche komplexere soziale und politische Vorgänge, seien es Trauungen, Pressekonferenzen oder Staatsfeierlichkeiten.

Allerdings handelt es sich bei Protestereignissen nicht um Inszenierungen, die lediglich auf Außenwirkung, also die Beeinflussung von Passanten, Medien, Medienpublikum und politischen Entscheidungsträgern bedacht sind. Es sind auch Inszenierungen, die Wirkung bei den Protestteilnehmern selbst erzielen sollen. Diese wollen sich im Akt des Protests ihrer Entschlossenheit, Opferbereitschaft, Einheit, Besonderheit, Massenhaftigkeit usw. vergewissern. Sie bekunden sich wechselseitig die Tatsache und Gestalt ihres Protests, stellen sich als ein identitäres Kollektiv oder auch als distinkte Gruppen innerhalb eines solchen dar, suchen ein Gemeinschaftserlebnis. Die Selbstvergewisserung als kollektiver Akteur erfolgt zuweilen wiederum medial verstärkt, indem sich die Teilnehmer nach der Protesthandlung nochmals in der Berichterstattung der Medien oder in selbst produzierten Dokumentationen, Broschüren oder Videofilmen betrachten.

1 Dies gilt selbstredend nicht nur für Protestakteure. Vgl. allgemein dazu Hans Mathias Kepplinger, Ereignismanagement. Wirklichkeit und Massenmedien, Zürich 1992.

Die nach zwei Seiten gerichtete Inszenierung von Protesten, die auf Außen- wie auf Binnenwirkung zielt, steht im Mittelpunkt dieses Beitrags. Als Anschauungsmaterial dienen die Demonstrationen zum Berliner 1. Mai 2002. Dieser Handlungskontext wird *erstens* gewählt, da es sich um ein kalendarisch fixiertes Ereignis mit einer weit zurückreichenden Geschichte handelt, das routinemäßig geplant und inszeniert wird. Im Unterschied zu Protesten aus aktuellem Anlass spielt bei solchen Erinnerungs- und Wiederholungsprotesten die Inszenierung eine besonders wichtige Rolle. *Zweitens* versammelt sich zum 1. Mai speziell in Berlin eine Vielzahl höchst verschiedenartiger, ja sogar politisch völlig konträrer Gruppierungen; sie alle stellen sich in diesen größeren Ereignisrahmen und sehen sich in der Traditionslinie der Mai-Proteste. Damit gelangen auch die Abgrenzungen zwischen diesen Gruppen und die damit verbundenen Inszenierungen in den Blick. *Drittens* findet dieses Ereignis nicht nur seinen Niederschlag in einer Vielzahl von Medienberichten. Es wurde auch im Rahmen eines Forschungsprojektes – einer Analyse des 1. Mai 2002 – in Form eines Buches ausführlich dokumentiert.[2] Dabei wurde eine „sinnverstehende“ und rekonstruktive Perspektive gelegt, welche die Beteiligten ernst nimmt und klischeehafte Schilderungen zu durchbrechen sucht. Eine solche hermeneutische Perspektive, die gleichermaßen Nähe und Distanz voraussetzt, hat auch auf vermeintliche Details und „bloß“ symbolische Ausdrucksformen zu achten.

Die Schauplätze des Protests

Anders als in den meisten Städten der Bundesrepublik wird der 1. Mai in Berlin seit den späten achtziger Jahren – und verstärkt seit den letzten Jahren – nicht durch ein singuläres Protestereignis begangen. Vielmehr war und ist der Berliner 1. Mai charakterisiert durch das Nebeneinander von mehreren, unabhängig voneinander organisierten Protesten, die sich über verschiedene Teile der Stadt erstrecken. Am 1. Mai 2002 galt dies für folgende Aktivitäten:

1. Die traditionellen Veranstaltungen der Gewerkschaften. Sie bestanden aus einem Protestzug, der vom Brandenburger Tor auf Umwegen zum Platz vor dem „Roten Rathaus“ führte, wo eine Kundgebung abgehalten wurde. Zug und Kundgebung schlossen nicht nur diverse gewerkschaftliche Organisationen, sondern auch eine Vielzahl weiterer Akteure ein. Dazu zählten Gruppierungen aus politischen Parteien (vor allem PDS und Grüne) und linksradikale Organisationen (darunter auch solche von Immigranten), von denen einige als vehemente Kritiker der Gewerkschaften auftraten. Aber auch überparteiliche Organisationen wie Amnesty International und das Künstlerkollektiv „Art at Work“ waren vertreten. Das äußere Bild der Kundgebung ähnelte einem Jahrmarkttreiben mit einer Vielzahl von Buden und Ständen. Nach unseren Schätzungen, die deutlich unter denen der gewerkschaftlichen Veranstalter liegen, beteiligten sich am Demonstrationszug weniger als 4 000 und an der Kundgebung rund 10 000 Menschen.

2. Die Kundgebung der PDS. Wie schon im Vorjahr, aber nicht mehr im Folgejahr, veranstaltete die PDS am Alexanderplatz in Berlin-Mitte, unweit der gewerkschaftlichen Kundgebung, eine eigene Protestversammlung. Diese überschnitt sich zeitlich mit der DGB-Kundgebung, ermöglichte es aber Anhängern der PDS, zumindest dem ersten Teil der Gewerkschaftskundgebung beizuwohnen. An der PDS-Veranstaltung nahmen 3 000 bis 4 000 Menschen teil.

3. Die linksradikalen Mai-Aktionen. Diese von den Veranstaltern so bezeichneten „revolutionären“ Mai-Aktionen bestanden aus drei Zügen, die zu verschiedenen Zeiten starteten (13, 16 und 18 Uhr) und in ihren jeweiligen Kernen unterschiedliche ideologische Fraktionen repräsentierten. Dabei gab es allerdings fließende Übergange, zumal ein Teil der Demonstranten bei zwei oder allen drei Zügen mitmarschierte. Im Gefolge des letzten Demonstrationszuges kam es erneut zu den berühmt-berüchtigten Mai-Krawallen, die sich traditionell auf Gebiete von Berlin-Kreuzberg konzentrieren. Wiederum waren größere Sachbeschädigungen und Dutzende verletzter Polizisten und Demonstranten zu verzeichnen. Am Abend des 1. Mai fand zudem eine weitere linksradikale Kundgebung statt. Hier wurde, in ironischer Anspielung auf die Zersplitte-

2 Vgl. Dieter Rucht (Hrsg.), Berlin, 1. Mai 2002. Zur Inszenierung politischer Rituale, Opladen 2003. Vorausgegangen waren dem eine Beschäftigung mit der Geschichte der Proteste zum 1. Mai im Deutschland des 20. Jahrhunderts (vgl. ders., „Heraus zum 1. Mai!“ Ein Ritual im Wandel, 1950–1999, in: ders. [Hrsg.], Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt/M. 2001, S. 143–172), eine Analyse der Medienreaktionen auf die Londoner Mai-Proteste im Jahr 2000 (ders., Antikapitalistischer und ökologischer Protest als Medienereignis: Zur Resonanz der Proteste am 1. Mai 2000 in London, in: Achim Brunnengräber/Ansgar Klein/Heike Walk [Hrsg.], Legitimationsressource NGOs. Zivilgesellschaftliche Partizipationsformen im Globalisierungsprozeß, Opladen 2001, S. 259–283) sowie eine begleitende Beobachtung der Berliner Proteste am 1. Mai im Jahr 2001.

rung der linksradikalen Protestmärsche des Nachmittags, die „einzig wahre 1. Mai-Demonstration" begangen. Die Gesamtzahl der Demonstranten, die sich an diesen Veranstaltungen beteiligten, ist schwer zu schätzen, da sich Teilnehmer und Schaulustige zeitweise vermischten. Wir beziffern ihre Größenordnung auf 10 000 Menschen.

4. Der von der NPD veranstaltete Aufmarsch rechtsradikaler Gruppen. Er fand auf Drängen der Behörden nicht in der Mitte Berlins statt, sondern in Hohenschönhausen, einer Vorstadt im Nordosten. Begleitet wurde er von Hunderten von Gegendemonstranten. Etwa 700 Personen folgten dem Aufruf der NPD, wobei die große Mehrheit der Demonstranten, so die Aussage des NPD-Bundesgeschäftsführers, von außerhalb Berlins kam. Mehrere Tausend Polizeibeamte schirmten die NPD-Demonstration von den Gegendemonstranten ab.

5. Die Mai-Feste. Sie haben primär einen geselligen Charakter, können aber auch explizit politische Elemente oder Akte des puren Vandalismus einschließen. Im Jahr 2002 fanden solche Feste sowohl am Vorabend des 1. Mai („Walpurgisnacht") am Mauerpark als auch am Nachmittag des 1. Mai am Kreuzberger Mariannenplatz statt. Das abendliche und nächtliche Fest mündete erneut in Ausschreitungen und Krawalle, während das Fest am Mariannenplatz, im Unterschied zum Vorjahr, friedlich verlief. Zusammengenommen nahmen mehrere Tausend Personen an diesen beiden Festen teil.

6. Ergänzend zu all diesen Veranstaltungen wurde eine Reihe kleinerer Protestkundgebungen angemeldet, aber nur zum Teil durchgeführt.[3] Einige dieser Anmeldungen verfolgten das Ziel, eine Genehmigung zum Protest in einem bestimmten öffentlichen Bereich zu erlangen, um damit die Autorisierung von Veranstaltungen des politischen Gegners an derselben Stelle zu verunmöglichen. Aus nahe liegenden Gründen sind die Ordnungsbehörden darum bemüht, politisch konträre Protestgruppen räumlich zu trennen.

Die Formen der Inszenierung

Es ist nicht ohne Ironie, dass ausgerechnet zu einem Anlass wie dem 1. Mai, an dem die grenzüberschreitende Solidarität aller Werktätigen zum Ausdruck gebracht werden soll, immer wieder eine Zersplitterung in verschiedene ideologische Fraktionen offenkundig wird. Dies zeigte sich bereits im Gegeneinander von Sozialdemokraten und Kommunisten in der Weimarer Zeit, dann in der Hochphase der Studentenrevolte, als die Protestmärsche der außerparlamentarischen Opposition den gewerkschaftlichen Veranstaltungen in Westberlin den Rang abliefen, und schließlich erneut mit den „revolutionären" Mai-Demonstrationen in Berlin. Am 1. Mai 2002 hatte diese Fraktionierung der Demonstranten in Berlin mit den bereits genannten Mai-Veranstaltungen ihren Höhepunkt erlangt. Wohl an keinem Ort der Welt, so ist zu vermuten, entfaltet sich am 1. Mai ein derart facettenreiches und in sich widersprüchliches Geschehen wie in Berlin. Hier versammeln sich konkurrierende, teilweise sogar antagonistische Protestgruppen aus (vermeintlich) gleichem Anlass. Die dabei vorgenommenen Abgrenzungen sind zum Teil offenkundig – etwa im Falle von Anhängern der NPD und den Gegendemonstranten. Sie sind jedoch teilweise auch sehr subtiler Natur, so dass sie nur für Insider deutlich werden. Dies gilt für die Differenzierungen innerhalb des linksradikalen Lagers, aber auch für Teilnehmer an der NPD-Veranstaltung, die sich in verschiedene Subgruppen aufteilen.

Die Präsentation nach außen

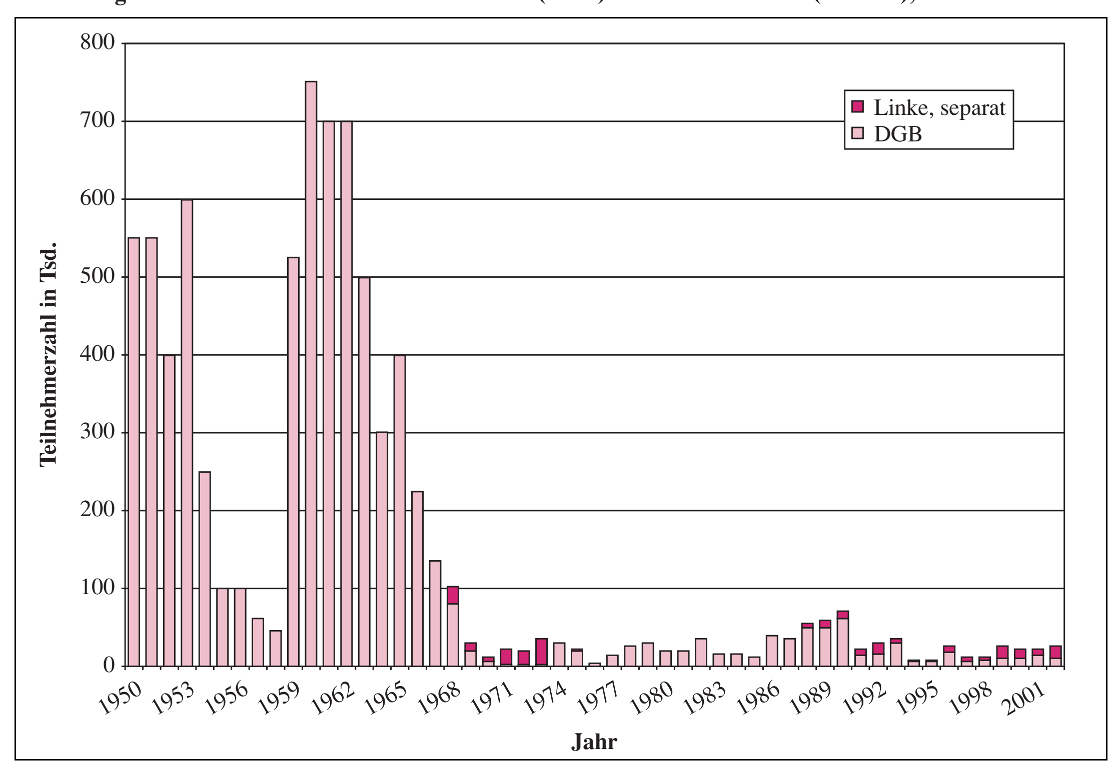
Mit Ausnahme der Teilnehmer an den beiden Mai-Festen wollen alle sich als politisch verstehenden Protestakteure am 1. Mai eine bestimmte Außenwirkung erzielen. Sie tun dies jedoch mit unterschiedlichen Erwartungen und Darstellungsformen. Manche Akteure begnügen sich damit, Aufmerksamkeit zu erregen, während andere, darüber hinausgehend, aktiv um Zustimmung werben. Fast durchgängig streben die Protestgruppen jedoch danach, durch geeignete Aktions- und Präsentationsformen in den Medien Beachtung zu finden. Das schließt allerdings nicht aus, dass einzelne Gruppen auch darum bemüht sind, das Straßenpublikum anzusprechen und in das Geschehen einzubeziehen.

Die Medienaufmerksamkeit folgt bestimmten Regeln, insbesondere den so genannten Nachrichtenwerten bzw. Nachrichtenfaktoren,[4] welche die Protestgruppen mehr oder weniger gezielt und

3 Am 1. Mai fanden insgesamt 16 und am Vortag drei Veranstaltungen statt, die thematisch auf den 1. Mai bezogen waren.

4 Vgl. Joachim Friedrich Staab, Nachrichtenwert-Theorie. Formale Struktur und empirischer Gehalt, München–Freiburg 1990. *Anmerkung der Redaktion:* Siehe hierzu auch den Beitrag von Thomas Meyer in diesem Heft.

Abbildung: Teilnehmerzahlen am 1. Mai in Berlin (West) bzw. Gesamtberlin (ab 1990), 1950 – 2002



Quelle: Eigene Recherchen auf Grundlage von Tageszeitungen. Bei widersprüchlichen Angaben wurden Mittelwerte zugrunde gelegt.

kompetent in Rechnung stellen. Zur Erzeugung massenmedialer Aufmerksamkeit stehen Protestakteuren vier grundlegende Möglichkeiten zu Verfügung, nämlich *erstens* die Mobilisierung einer großen Zahl von Protestteilnehmern, *zweitens* ein hoher Konflikt- bzw. Radikalitätsgrad der Aktion, *drittens* die Unterstützung durch prominente Personen bzw. Organisationen und schließlich *viertens* die Originalität bzw. Außergewöhnlichkeit der Handlungsform.[5] Auf eine Formel gebracht: Je massenhafter, radikaler, kreativer die Aktion und/ oder je prominenter die Unterstützer, desto wahrscheinlicher ist die Berichterstattung in den Medien und desto größeren Raum wird sie einnehmen.[6] Andere Faktoren erhöhen ebenfalls die Wahrscheinlichkeit der Berichterstattung. Dazu zählen etwa die Symbolträchtigkeit des gewählten Zeitpunktes und/oder Ortes des Protests, dessen räumliche Nähe zur Redaktion und zum Publikum sowie die von den Protestierenden in Kauf genommenen Opfer bzw. Risiken (zum Beispiel im Falle eines Hungerstreiks oder einer Repressionsdrohung). Allerdings können bzw. wollen nicht alle Protestakteure gleichermaßen diese Nachrichtenfaktoren maximieren. Sektiererische, ihren Anhängern hohe Opfer abverlangende Protestgruppen vermögen kaum eine Massenbasis zu erlangen; Massenproteste beschränken sich in der Regel auf ein eher seltenes, kurzzeitiges und wenig aufwändiges Engagement; gewaltförmige Proteste verbieten sich vielen Menschen aus Respekt vor moralischen und rechtlichen Regeln; Prominente lassen sich zumeist nur von als „seriös“ geltenden Protestakteuren „einspannen“. Oft haben somit die Protestgruppen konkurrierende Gesichtspunkte gegeneinander abzuwägen. Schließlich gibt es auch den eher seltenen Fall, dass Protestgruppen – oft aufgrund schlechter Erfahrungen – sich nicht oder kaum um die Reaktion der Medien scheren.

5 Einer journalistischen Faustregel zufolge besitzt der Vorgang „Mann beißt Hund“ einen höheren Nachrichtenwert als der weitaus häufigere Vorgang „Hund beißt Mann“.

6 Die Berücksichtigung dieser Faktoren steht im Rahmen einer Strategie der Anpassung an die Mechanismen und Erwartungen der Massenmedien. Daneben stehen Protestbewegungen jedoch andere Strategien wie die offensive Kritik an den Medien oder die Nutzung bewegungseigener Medien zur Verfügung. Vgl. dazu Dieter Rucht, Medienstrategien sozialer Bewegungen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 16 (2003) 1, S. 7–13.

Im Falle des Berliner 1. Mai waren und sind es insbesondere die Gewerkschaften, die durch Massenhaftigkeit das breite Publikum beeindrucken wollen. Die im langen Zeitverlauf abnehmende Beteiligung[7] an den gewerkschaftlichen Mai-Kundgebungen (vgl. *die Abbildung*) veranlasste allerdings die Organisatoren dazu, die Veranstaltungen zu verändern. So öffneten sie sich zunehmend für die Beteiligung nichtgewerkschaftlicher Akteure und suchten zudem das Geschehen attraktiver zu gestalten.

Die Fixierung auf die schiere Größe der Kundgebung zeigte sich nicht zuletzt daran, dass die gewerkschaftlichen Organisatoren in der Vergangenheit mehrfach Journalisten kritisierten, weil diese – nach Auffassung der Gewerkschaften – zu niedrige Teilnehmerzahlen angegeben hatten. Ein weiteres Indiz für die Bedeutung von Teilnehmerzahlen ist, dass am 1. Mai 2002 eine Organisatorin des DGB die Zahl der Kundgebungsteilnehmer zunächst auf 10 000 beziffert und kurz danach auf 25 000 erhöht hatte, ohne dass sich, einhelligen Aussagen mehrerer Beobachter unserer Forschungsgruppe zufolge, die Größenordnung der Kundgebung erkennbar verändert hätte.

Der gewerkschaftliche Protestzug und die sich anschließende Kundgebung vermitteln das Bild einer in sich schwach differenzierten Kerngruppe, an die sich diverse nichtgewerkschaftliche Gruppen anlagern. Dazu gehören kommunistische Splitterparteien, linke Ausländergruppen, PDS und Bündnis 90/Die Grünen, aber auch parteipolitisch neutrale Organisationen. Von über 60 verschiedenen Gruppen wurden Flugblätter und Schriften verteilt. Insgesamt vermittelt die gewerkschaftliche Veranstaltung den Eindruck einer großen Vielfalt, der auch durch eine Fülle von Zeichen verstärkt wird. Bei den diversen politischen Gruppen finden sich einerseits standardisierte Fahnen und Plakate, andererseits aber auch individuell angefertigte, teilweise handgemalte Spruchbänder, Schilder und dergleichen. Stärker als jede andere Farbe tritt das Rot der Fahnen und Transparente in Erscheinung, wobei sich eine enge Korrespondenz zwischen der Verwendung dieser Farbe und der Radikalität der Gruppe zeigt. Gleichwohl entsteht eher das Bild einer „bunten“ als einer „roten“ Veranstaltung. Zu diesem Eindruck tragen auch zahlreiche Luftballons, die aufgeblasene „Blaue Hand“ einer politischen Künstlergruppe (Art at Work) und eine ausländische Tanzgruppe in farbenfroher Tracht bei.

Auffällig ist die Offenheit des gesamten Arrangements. Weder der Demonstrationszug noch der Platz der Kundgebung sind nach gewerkschaftlichen und nichtgewerkschaftlichen Gruppen aufgeteilt. Neugierige oder Sympathisanten können sich an jeder Stelle des Demonstrationszuges (mit Ausnahme der Spitze) einreihen. Am Kundgebungsplatz ist der Unterschied zwischen Zuschauern und Demonstranten völlig verwischt. Auch wenn hochgradig ideologisierte Gruppen in diesem lockeren Rahmen auftreten und beispielsweise durch Informationsstände ihren Raum beanspruchen, auch wenn die politischen Reden und Aussagen der Gewerkschaftsvertreter formal im Zentrum stehen, so vermittelt das Ganze doch keineswegs den Eindruck einer rein politischen Veranstaltung. Aufgelockert wird das Geschehen nicht zuletzt durch das breite Angebot an Speisen und Getränken, die Offerten zum Kauf von Luftballons und T-Shirts, die bereitgestellten Spielmöglichkeiten für Kinder sowie die Unterhaltungselemente auf und vor der Bühne. Diese Elemente sollen der Veranstaltung ihren ernsten und biederen Charakter nehmen und stattdessen das Flair eines Volksfestes erzeugen. Nichts liegt zudem den Gewerkschaften ferner, als durch Sachbeschädigungen oder gar Angriffe auf Personen hervorzutreten. Gleiches gilt für die Veranstaltung der PDS, die, im Unterschied zur Kundgebung der Gewerkschaften, jedoch alle Buntheit und Lockerheit vermissen ließ. Hier wurde vielmehr jener demonstrative Ernst an den Tag gelegt, der die gewerkschaftlichen Veranstaltungen in früheren Phasen ausgezeichnet hatte.

Auch die Organisatoren der „revolutionären“ Mai-Demonstrationen sind um möglichst große Teilnehmerzahlen bemüht, wollen sie damit doch verdeutlichen, dass Linksradikalität nicht eine Sache winziger Minderheiten ist. Allerdings suchen sie weniger die breite Masse als vielmehr ihre spezifische Klientel anzusprechen. Das bevorzugte Mittel dazu sind Plakate und Szenezeitschriften. Besonders ausgeprägt ist zudem das Bemühen, die alltagsweltliche Verbundenheit mit der Kiez-Bevölkerung zu verdeutlichen. Der Linksradikalismus soll namentlich den sozial Benachteiligten und Ausgegrenzten eine Stimme verleihen. Entsprechend berichten Linksradikale in ihren Organen voller Stolz über einzelne Sym-

7 Um die Wende zu den sechziger Jahren erreichten die gewerkschaftlichen Kundgebungen in Westberlin Spitzenwerte mit rund 700 000 Teilnehmern. Bei diesen Kundgebungen stand allerdings nicht so sehr der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, sondern vielmehr die Abgrenzung zu den kommunistischen Regimen im Osten im Mittelpunkt. Entsprechend wurden diese Veranstaltungen, denen organisierte Aufmärsche am 1. Mai in Ostberlin gegenüberstanden, als „Freiheitskundgebungen“ verstanden.

pathiebekundungen von Anwohnern, über Aggressionen von „Normalbürgern“ gegen Ordnungskräfte oder über Plünderungen, an denen sich die „kleinen Leute“ beteiligt hätten.

Mit Verbalradikalismus und einzelnen Sympathiebekundungen lässt sich allerdings schwerlich die Aufmerksamkeit der Medien gewinnen. Auch aus diesem Grund, und nicht nur als Zeichen revolutionärer Gesinnung, setzen die Linksradikalen auf das Mittel der Konfrontation, der Unkalkulierbarkeit und der Drohung. Werden ihre politischen Kritikpunkte und Forderungen von den etablierten Medien ignoriert oder wird über sie mit unverhohlener Distanz berichtet, so sichert immerhin die Störung der „öffentlichen Ordnung“ eine beachtliche Medienresonanz. Damit wird die Störung als solche zur politischen Botschaft, signalisiert sie doch Entschlossenheit, Unbeugsamkeit und Renitenz. Verzerrende Medienberichte und vernichtende Kommentare bestätigen das Weltbild der Linksradikalen, wonach zwischen ihnen und allen jenen, die sich mit dem „System“ arrangiert haben, eine unüberwindbare Kluft bestehe. Diese Kluft markieren sie ihrerseits durch die Radikalität in Wort und Tat, aber auch durch Habitus, Kleidung und optische Signale. Am deutlichsten geschieht dies in der Manifestation des „Schwarzen Blocks“, in dem sich die militanten „Straßenkämpfer“ zusammenfinden und von den übrigen Demonstrationsteilnehmern separieren. Das Gegenstück dazu ist die Phalanx hochgerüsteter Polizeikräfte. Mit dem erwartbaren Zusammenprall beider Seiten ist der Höhepunkt des Spektakels erreicht. Nicht nur die professionellen Kameraleute bekommen „ihre“ Bilder. Auffällig ist auch, wie viele Foto- und Videokameras auf Seiten der Demonstranten im Einsatz sind. Neben dem Motiv einiger Demonstranten, mögliche Polizeiübergriffe zu dokumentierten, dürfte auch Sensationslust im Spiele sein.

Die drei Demonstrationszüge des „revolutionären“ 1. Mai, deren formale Differenz durch ihre verschiedenen Startzeiten markiert wird, weisen ein je spezifisches, wenngleich nicht sehr kompaktes ideologisches und optisches Profil auf. Während sich die 13-Uhr-Demonstration in ihrer linksorthodoxen Symbolik noch am ehesten als ideologisch geschlossen darstellt, wirken die 16-Uhr- und die 18-Uhr-Demonstration durchmischter. Für manche Teilnehmer sind diese Demonstrationen jedoch nur das Vorspiel für den Abend, für die Stunden der „Straßenkämpfer“ und des vermeintlichen Ausnahmezustandes, dessen Ursprungsmythos in dem unerwarteten „Kiezaufstand“ vom 1. Mai 1987 gesehen wird.

Bei aller Verschiedenheit der drei Züge – die Symbolik von Radikalität und teilweise auch Provokation, wie immer sie im Einzelnen ausgedrückt wird, ist das übergreifende Kennzeichen der „revolutionären“ Mai-Demonstrationen. Analog zu den gewerkschaftlichen Veranstaltungen sind auch hier die Grenzen zwischen den beteiligten Gruppen und den Sympathisanten relativ offen. Obgleich die Demonstrationszüge, anders als im Falle der Gewerkschaften, belebte Wohnquartiere mit teilweise engen Häuserschluchten durchqueren und damit eine physische Nähe zu Anwohnern und Passanten herstellen, bleiben diese doch eher am Rande des Geschehens. Der Gestus der Radikalität und des in Szene gesetzten „abweichenden Verhaltens“, die Massierung von sub- und gegenkulturellen Symbolen, nicht zuletzt die unübersehbare Polizeipräsenz schaffen zumindest phasen- und streckenweise, und vor allem mit fortschreitender Stunde, einen sozialen Raum, der durch Differenz, Spannung und teilweise auch aggressive Symbolik markiert ist. Damit entstehen soziale Anziehungs- und Abstoßungskräfte, die das Terrain wie ein Magnetfeld strukturieren. Angezogen werden einerseits erfahrungshungrige Jugendliche, darunter auch viele türkischer Abstammung, von denen sich ein Teil ohne wirklich politische Motive unter die Demonstranten mischt und den Krawall erhofft; abgestoßen werden andererseits die „ordentlichen“ Bürgerinnen und Bürger, die sich von den Vorgängen bedroht oder angewidert fühlen und darin durch eine Vielzahl von Presseberichten bestärkt werden.

Die Anhänger der NPD sind ebenfalls auf optische Grenzziehung bedacht. Dem dient die Einheitlichkeit bestimmter äußerer Merkmale – Glatze oder Kurzhaarschnitt, Jacken, Stiefel – sowie das Auftreten in einem geschlossenen Block. Die Grenze zwischen innen und außen ist damit scharf markiert. Umschlossen wurde der Demonstrationszug am 1. Mai 2002 von starken neutralen Kräften (der Polizei). Weiter außen befanden sich die Gegendemonstranten, die nur in begrenzter Zahl von der Polizei zugelassen wurden. Die Kontrollen im Vorfeld der Veranstaltung, der geschlossene und massive Polizeikordon um den Demonstrationsblock der Rechten, die ständige Anwesenheit von Gegendemonstranten mit ihren demütigenden Rufen („Nazischweine, Schüsse in die Beine“ oder „Dumm, und kahl, und asozial“, „Nazis verpisst euch, keiner vermisst euch“), die scharfen Reaktionen auf Seiten der Rechten („Wir haben Euch was mitgebracht: HASS, HASS, HASS!“; „Schlagt den Roten die Schädeldecke ein“), schließlich das fast leere Umfeld der angrenzenden Straßen und

Plätze in der näheren Umgebung lassen das Geschehen fast als surreal erscheinen.

Im Unterschied zu den übrigen Demonstrationen existieren bei der Veranstaltung der NPD keine Zonen des Übergangs, in denen sich Neugierige und Demonstranten mischen, Nachzügler einreihen oder Demonstranten vorübergehend oder vorzeitig abwandern könnten. Geschlossenheit entspringt in diesem Fall nicht nur expressivem Bekennertum, sondern auch dem konkreten Schutzbedürfnis der rechtsradikalen Demonstranten. Angesichts der linken Gegendemonstranten könnten sie es kaum riskieren, einzeln oder in Kleingruppen aufzutreten. Anders als bei den übrigen Demonstrationen sammeln sich die Rechtsradikalen an öffentlich nicht genannten Plätzen am Stadtrand, um dann unter dem Geleit der Polizei mit U-Bahn bzw. S-Bahn als „geschlossene Gesellschaft" zum Ort der Kundgebung zu gelangen. Die NPD-Demonstration nimmt damit den Charakter einer „wandernden Insel" an, wie es Chronisten und Interpreten des Geschehens genannt haben.[8] Die rechtsradikalen Demonstranten selbst unterstreichen den Eindruck ihrer sozialen Isolierung durch einen teilweise trotzigen Habitus und den zur Schau getragenen Stolz, einer Art politischer Elite anzugehören. Auf diese Weise wird von außen wie von innen das Bild einer politischen Sekte erzeugt, obgleich die Redner, in augenfälliger Diskrepanz zu diesem Eindruck, versichern, dass sie „immer mehr die Herzen der Jugend erobern". Auffällig ist zudem das Bemühen, sich als Teil des „Volkes" zu präsentieren und die Bewohner des Stadtteils Hohenschönhausen anzusprechen. Sogar der schon damals eher Distanz denn Nähe erzeugende Slogan der Studentenbewegung ist von den Rechten zu hören: „Bürger lasst das Glotzen sein, auf die Straße, reiht Euch ein."

Wie die militanten Linksradikalen liefern auch die NPD-Demonstranten den Medien eingängige und in diesem Sinne ideale Bilder: der markante Block der Rechtsradikalen mit den bekannten Insignien, der ihn umgebende Kordon von Polizisten und schließlich die außerhalb davon sich gruppierenden Gegendemonstranten, welche die Rechtsradikalen verhöhnen und von diesen wiederum mit Spott und Beschimpfungen bedacht werden. Eine weitere Facette der NPD-Demonstration ist das sichtliche Bemühen, einerseits Entschlossenheit und Kampfbereitschaft zu bekunden, andererseits aber ein „ordentliches" öffentliches Erscheinungsbild abzugeben. Dies betrifft Kleidung und Haarschnitt, schließt aber auch eine durch Ordner gewährleistete Verhaltenskontrolle seitens der Veranstalter ein: Weder tätliche Auseinandersetzungen noch Alkoholgenuss werden gebilligt. Damit setzen sich die Rechtsradikalen gezielt von den linken Gegendemonstranten ab, deren Aussehen und Habitus stärker durch Missachtung von Konventionen bestimmt ist und gewiss nicht den Eindruck von „Ordentlichkeit" erzeugen will.

Die innengerichtete Inszenierung

Neben den nach außen adressierten Botschaften richten sich andere Signale der Protestierenden an die Protestierenden selbst. Die Mai-Veranstaltungen sind ritualisierte Beschwörungen von Gemeinschaften. Sie ermöglichen identitätsverbürgende Grenzziehungen. Die damit symbolisierten Gemeinschaften kommen zusammen, um sich ihrer selbst zu vergewissern und mit ihrer Binnenkommunikation für sich Sinn zu stiften. Dabei handelt es sich im strikten, d. h. ethnologischen Sinne des Wortes um Rituale. Als solche sind sie zumindest für die Beteiligten keineswegs stupide Wiederholungen. Vielmehr besitzen sie einen sozial und psychologisch bedeutsamen Wiedererkennungswert. Zudem wird das vertraute Grundmuster des Ereignisses Jahr für Jahr mit zeit- und situationsspezifischen Elementen angereichert. Nicht zuletzt besitzen die Demonstrationsrituale auch einen „transformativen" Charakter, indem sie auf die Beteiligten und möglicherweise auch den weiteren sozialen Kontext zurückwirken.

Eine weitere Funktion dieser expressiven Selbstdarstellung ist die über Symbole hergestellte Markierung von Subgruppen, die primär für die Binnenkommunikation von Bedeutung ist. Dies gilt in besonderem Maße für die drei Protestmärsche der Linksradikalen, mit denen ideologisch konkurrierende Fraktionen ihre Identität behaupten wollen und deshalb offensichtlich auf die Möglichkeit eines geschlossenen Auftretens verzichten. Aber auch im Protestzug der Rechtsradikalen sind Subgruppen auszumachen, die durch subtile Symbole oder mittels mitgeführter Schilder ihre Identität – etwa als freie Kameradschaften im Unterschied zu Gliederungen der NPD – deutlich machen wollen. Selbst die Untergliederungen des DGB verzichten nicht darauf, sich als einzelne Fachgewerkschaften oder deren Ortsverbände mittels Fahnen, Mützen, Transparenten usw. auszuweisen. Hierbei wird aufmerksam registriert, wer die größten Bataillone zu mobilisieren vermag.

8 Vgl. Jesus Casquete/Ingo Grastorf, „Die Schlacht um die Straße": Die 1. Mai-Demonstration der NPD in der „Reichshauptstadt", in: D. Rucht, Berlin (Anm. 2), S. 101–141.

In unterschiedlicher Intensität und Nuancierung wird damit gerade am 1. Mai die Inszenierung von Gemeinschaften bedeutsam. Das wichtigste Werkzeug hierfür sind Symbole verschiedenster Art. Sie reichen von einem unscheinbaren Detail, etwa der Farbe eines Schnürsenkels oder einem kleinen Button, über auffällige Kleidungsstücke bis hin zur Präsentation eines kollektiven Massenkörpers. Einige dieser Symbole, zum Beispiel Hammer und Sichel auf dem überdimensionalen Transparent einer türkischen kommunistischen Partei, sind für Beobachter unmittelbar erschließbar. Andere dagegen besitzen nur für die Eingeweihten eine erkennbare Bedeutung. In der Subtilität mancher Symbole erweist sich erst, wer zum Kreis der Insider gehört und wer nicht. Beispielsweise öffnete ein rechtsradikaler Demonstrant am 1. Mai 2002 seine Jacke gerade so weit, dass sein darunter getragenes T-Shirt mit dem Aufdruck der Kleidermarke CONSDAPLE die mittlere Buchstabenfolge NSDAP – die Abkürzung für Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – sichtbar machte. Ein weiterer Aspekt des Symbolgebrauchs ist der Kampf um Symbole, erkennbar etwa daran, dass Enteignungen und Umdeutungen angestammter Symbolverwendungen vorgenommen werden. Hierzu zählen das mit einem Portrait von Che Guevara verzierte T-Shirt eines jungen NPD-Ordners, aber auch die Tatsache, dass der 1. Mai als traditioneller Tag der Linken spätestens seit 1933 von rechten Gruppen als ein „Feiertag der nationalen Arbeit“ beansprucht wird.[9] Immerhin, so ein Sprecher der NPD, hätten es nicht die Linken, sondern die Nationalsozialisten geschafft, den 1. Mai zum offiziellen Feiertag zu erheben.

Medienresonanz

Wie schon in den Vorjahren füllten die Ereignisse des Berliner 1. Mai 2002 die Titelseiten der Berliner Blätter, wurden auch von anderen Zeitungen aufgegriffen und belegten den ersten Platz in den Abendnachrichten mehrerer Fernsehsender.[10] Diese öffentliche Beachtung stellen die Akteure bei ihren Inszenierungen in Rechnung. Obgleich sie die Berichterstattung in mancher Hinsicht beeinflussen können, fehlt ihnen letztlich die Kontrolle über das Ob, Was und Wie der Medienresonanz. Diese fällt bei näherem Zusehen durchaus differenziert aus, wird aber vor allem in ihren Kommentierungen von einem relativ einheitlichen Tenor durchzogen: Die etablierten Medien unterstreichen den rituellen – und damit ist gemeint: den im Grunde berechenbaren und deshalb langweiligen – Charakter des 1. Mai. Bereits seit den siebziger Jahren finden sich in der Bundesrepublik entsprechende Kommentare mit zuweilen sarkastischem Unterton.

Im Allgemeinen wurde und wird jedoch über die gewerkschaftlichen Veranstaltungen sachlich und teilweise sogar wohlwollend berichtet. Trotz aller Klagen der Organisatoren über eine unzureichende Medienresonanz ist festzuhalten, dass Forderungen der Gewerkschaften und zentrale Aussagen ihrer Redner korrekt wiedergegeben und häufig auch wörtlich zitiert werden.

Dagegen ist die Berichterstattung über links- und rechtsradikale Demonstranten stärker von negativen Wertungen, populistischen Untertönen und Effekthascherei bestimmt. Werden die Linksradikalen vor allem als Vermummte und als Steinewerfer portraitiert, so kommt auch das Bild von den NPD-Demonstranten über Klischees nicht hinaus. Gezeigt werden nicht die unauffällig aussehenden Rechtsradikalen, sondern solche mit Glatzen, Stiefeln und Tätowierungen. Was die Rechten wollen und was ihre Redner sagen, wird von den Medien ebenso ausgeklammert wie im Falle der Linksradikalen.

Markantestes Kennzeichen der Medienberichte ist die Gewaltfixierung. Jahr für Jahr werden die Zusammenstöße von Teilen der linksradikalen Szene und unpolitischen Jugendlichen auf der einen Seite und der Polizei auf der anderen Seite in den Mittelpunkt gerückt. Dabei zeichnen sie, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ein im Grunde immer gleiches, an der Oberfläche bleibendes Bild, das an ein Schlachtengemälde erinnert. Hinzu kommen die Berichte über den Streit um die angemessene Polizeistrategie und die statistische Bilanz: Zahl der eingesetzten Polizisten, Ausmaß von Personen- und Sachschäden, Umfang der Verhaftungen.[11] Vor allem die Boulevard-

9 In jenem Jahr fanden sich auf dem Tempelhofer Feld in Berlin Zeitungsberichten zufolge 1,5 Millionen Menschen unter Hakenkreuzfahnen zusammen.

10 Vgl. Michael Blickhan/Simon Teune, Die Lust am Ausnahmezustand – Der Berliner 1. Mai im Spiegel der Medien, in: D. Rucht, Berlin (Anm. 2), S. 185–220. Innerhalb eines Untersuchungszeitraums vom zwei Monaten (beginnend einen Monat vor dem 1. Mai) registrierten die Autoren in 13 bundesweiten bzw. Berliner Tages- und Wochenzeitungen 387 Artikel, die über den 1. Mai 2002 in Berlin berichteten (ebd., S. 190).

11 Vgl. dazu Regina Kanzler/Alex Kolodziejcyk/Katja Schmidt, „Erfolgreich und mit Heldentum verteidigt!“ Die Rolle von Polizei und Justiz am 1. Mai 2002 in Berlin, in: D. Rucht, Berlin (Anm. 2), S. 143–183.

presse zitiert zudem regelmäßig „Volkes Stimme“, mit der Verständnislosigkeit oder gar Abscheu zum Ausdruck gebracht wird. Im Gesamtbild verdichtet sich beim breiten Publikum der Eindruck, der Berliner 1. Mai sei ein seltsames Gemisch ritualisierter Langeweile und ebenso ritualisierter Drohgebärden, das unausrottbar zum politischen Kalender gehöre, aber keine weitere Beachtung verdiene.

Vom Sinn des Protestrituals

Die seit 1890 durchgeführten Mai-Veranstaltungen bieten einen sehr allgemeinen Handlungs- und Deutungsrahmen, der von unterschiedlichen und teilweise sogar politisch antagonistischen Akteuren mit jeweils aktuellen Inhalten, Forderungen und Symbolen gefüllt wird. Wie gezeigt wurde, haben die Veranstaltungen einen Doppelcharakter, indem sie sich nach außen wie nach innen wenden. Dies spiegelt sich bereits in der ursprünglichen Konzeption des 1. Mai, der von Anfang an zugleich als Kampftag und als Feiertag begangen wurde.

Die kämpferische Seite war und ist primär nach außen gerichtet; damit zeigen die Protestakteure dem Publikum wie dem politischen Gegner ihre Präsenz und Stärke. Die festliche Seite des 1. Mai, bei der die gemeinschaftsstiftende Funktion im Vordergrund steht, war in den ersten Jahrzehnten der Mai-Tradition zeitlich und räumlich zumeist von den politischen Demonstrationen und Kundgebungen getrennt. Sie bestand aus nachmittäglichen oder abendlichen Feiern im Grünen oder in geschlossenen Räumen, zuweilen garniert mit Tanz, Theater oder Singspielen. In den heutigen Berliner Mai-Veranstaltungen der Gewerkschaften sind diese beiden Aspekte verknüpft. Dagegen organisiert die außergewerkschaftliche Linke einerseits ihre „revolutionären“ Mai-Demonstrationen, beteiligt sich aber andererseits, zusammen mit einem bunt gemischten lokalen Szene-Publikum, auch an den Festen am Vorabend und am Nachmittag des 1. Mai.

Während Außenstehende von den Veranstaltungen zum 1. Mai kaum Notiz nehmen oder das Treiben als ein „sinnentleertes Ritual“ kritisieren, sehen dies die Teilnehmer offenkundig anders. Sie beharren darauf, dass sie der Öffentlichkeit etwas mitzuteilen haben. Darüber hinaus besteht eine wichtige latente Funktion ihrer Mai-Veranstaltungen in der Symbolisierung und Beschwörung von Gemeinschaften, welche sich durch explizite politische Botschaften, aber auch durch diverse Stammesriten voneinander abgrenzen. Durch seine Wiederholung verliert dieses Ritual ebenso wenig an Sinn wie eine tägliche Begrüßung oder eine alljährliche Geburtstagsfeier. Rituale sind mehr und etwas anderes als Nachrichten, die sich durch Wiederholung entwerten.

Die sich am 1. Mai inszenierenden Gemeinschaften platzieren sich innerhalb eines komplexen politischen und sozialen Geschehens, von dem nur manches für die breite Öffentlichkeit sichtbar und verstehbar wird. Das politisch-ideologische Koordinatensystem der Mai-Veranstaltungen wird allerdings nicht nur durch die symbolischen Konstruktionen der Akteure selbst, sondern auch durch die teilweise extern definierte Geografie des Demonstrationsgeschehens versinnbildlicht. Die Veranstaltung der Gewerkschaften als des weithin als legitim angesehenen Akteurs ist nicht zufällig im Herzen der Stadt angesiedelt: Das Brandenburger Tor war Ausgangspunkt des Demonstrationszuges; der Platz vor dem Roten Rathaus war Ort der Kundgebung. Die PDS, der eine Verankerung im Westteil der Stadt weitgehend fehlt, führte ihre Kundgebung folgerichtig auf dem Alexanderplatz, dem Zentrum des Ostteils, durch. Die Linksradikalen bewegten sich vor allem in den Szenevierteln von Berlin-Mitte und Kreuzberg. Entgegen ihrem Wunsch wurden sie von „sensiblen“ Bereichen, etwa der „Glasmeile Friedrichstraße“, fern gehalten. Die Rechtsradikalen, die ebenfalls im Zentrum demonstrieren wollten, wurden auf einen nordöstlichen Außenbezirk verwiesen. Die Demonstrationen der radikalen Linken und der NPD sind somit die Negativfolien, um den Ort der Mitte und der Normalität zu bestimmen. Die Akteure der politischen Mitte grenzen sich in einer symbolischen Ordnung von Positionen ab, die als extrem oder radikal bezeichnet werden. Diese Zuschreibungen scheinen selbstevident: Genauso wie das Bild der politischen Mitte mit Stabilität und Ausgleich assoziiert wird, erscheinen Abweichungen nach links oder rechts als eine Bedrohung der herrschenden Werte. Ex negativo dienen so die Proteste der Radikalen gegen die bestehende politische und ökonomische Ordnung dazu, diese Ordnung aufrechtzuerhalten. Indem man die Steinewerfer oder die NPD-Demonstranten verurteilt, indem man sich alljährlich der Abscheulichkeit von Gewalt versichert und festlegt, welche Phänomene in der Gesellschaft inakzeptabel sind, versichert man sich eines sozialen Konsenses und bestärkt diesen.

Marcus Hoinle

Dr. rer. soc., geb. 1968; Politikwissenschaftler.

Anschrift: Max-Stromeyer-Straße 9, 78467 Konstanz.
E-Mail: mhoinle@web.de

Veröffentlichungen u. a.: Metaphern in der politischen Kommunikation. Eine Untersuchung der Weltbilder und Bilderwelten von CDU und SPD, Konstanz 1999; „Heiterkeit im ganzen Hause" – Über parlamentarisches Lachen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 32 (2001) 2; Was ist eigentlich politischer Stil?, in: Zeitschrift für Politik, 49 (2002) 2.

Thomas Meyer

Dr. phil., geb. 1943; Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund.

Anschrift: Universität Dortmund, August-Schmidt-Str. 4, 44227 Dortmund.
E-Mail: meyer@fb14.uni-dortmund.de

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Martina Kampmann) Politik als Theater, Berlin 1998; (zus. mit Rüdiger Ontrup und Christian Schicha) Die Inszenierung des Politischen, Wiesbaden 2000; Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem, Frankfurt/M. 2001.

Rainer Gries

Dr. phil. habil., geb. 1958; a. o. Gastprofessor für Kultur- und Kommunikationsgeschichte am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien; Privatdozent für neuere und neueste Geschichte am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Anschrift: Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (IPKW), Universität Wien, Schopenhauerstraße 32, A-1180 Wien.
E-Mail: Rainer.Gries@univie.ac.at

Veröffentlichungen, u. a.: Produkte als Medien. Kulturgeschichte der Produktkommunikation in der Bundesrepublik und der DDR, Leipzig 2003; Die Mark der DDR. Eine Kommunikationsgeschichte der sozialistischen deutschen Währung, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 2003.

Silke Satjukow

Dr. phil., geb. 1965; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena (Projekt: „Russen und Deutsche – Eine Beziehungsgeschichte").

Anschrift: Friedrich-Schiller-Universität Jena, Historisches Institut, Fürstengraben 13, 07743 Jena.
E-Mail: satjukow@t-online.de

Veröffentlichungen u. a.: Bahnhofstraßen. Geschichte und Bedeutung, Weimar–Köln–Wien 2002; (Hrsg. zus. mit Rainer Gries) Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR, Berlin 2002.

Dieter Rucht

Dr. rer. pol., geb. 1946; Professor für Soziologie und Leiter der Arbeitsgruppe „Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung" am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Anschrift: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB), Reichpietschufer 50, 10785 Berlin.
E-Mail: Rucht@wz-berlin.de

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Protest in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 2001; (zus. mit Myra Marx Ferree, Jürgen Gerhards und William Gamson) Shaping Abortion Discourse. Democracy and the Public Sphere in Germany and the United States, Cambridge 2002; (Hrsg. zus. mit Lee Ann Banaszak und Karen Beckwith) Women's Movements Facing the Reconfigured State, Cambridge 2003.

Nächste Ausgabe

Jürgen Leinemann
„Sehstörung" oder die Droge Politik

Stefan Poppelreuter
Arbeitssucht: Massenphänomen oder Psychoexotik?

Lucia A. Reisch/Michael Neuner/Gerhard Raab
Zur Entstehung und Verbreitung der „Kaufsucht" in Deutschland

Monika Gerlinghoff/Herbert Backmund
Magersucht und andere Essstörungen

Matthias Richter/Ullrich Bauer/ Klaus Hurrelmann
Konsum psychoaktiver Substanzen im Jugendalter: Der Einfluss sozialer Ungleichheit
Ergebnisse der WHO-Studie „Health Behaviour in School-aged Children"

Marcus Hoinle

Ernst ist das Leben, heiter die Politik

Lachen und Karneval als Wesensmerkmale des Politischen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 53/2003, S. 3–11

■ Politik ist eine ernste Angelegenheit. Im politischen Alltagsgeschäft spielen aber auch Lachen und Humor, die seit jeher zu den Wesensmerkmalen des Politischen gehören, eine nicht unerhebliche Rolle. Dies schließt karnevaleske Elemente mit ein, die das politische Geschehen vermehrt prägen, weil ein sich intensivierender Karnevalisierungsprozess, der den Kern der so genannten Spaßgesellschaft bildet, das öffentliche Leben in weiten Teilen erfasst hat. Das exzentrische Verhalten einzelner Politiker, die Familiarisierung von Politik, die Profanierung von Amtsinhabern sind ebenso Ausdruck dieser Karnevalisierung wie die zunehmende Entertainisierung, Theatralisierung und Erotisierung der Vermittlung politischer Sachverhalte.

Thomas Meyer

Die Theatralität der Politik in der Mediendemokratie

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 53/2003, S. 12–19

■ Unter dem Druck der Themenauswahl und Darstellungsregeln der Massenmedien bedient sich Politik in der Mediengesellschaft in immer stärkerem und immer stärker professionaliertem Maße theatraler Inszenierungsformen für die Selbstdarstellung. Zwar stehen diese Inszenierungsformen nicht in prinzipiellem Widerspruch zur angemessenen Vermittlung dessen, was politisch tatsächlich geschieht, sie begünstigen aber in starkem Maße die Tendenz zur Konzentration auf die Inszenierungsseite allein. Darüber hinaus wirken sie auch als eine Einladung zur Inszenierung politischer Scheinereignisse, die überhaupt nur in ihren theatralen Ausdrucksformen bestehen und nicht das Politische, um das es jeweils geht, lediglich massenwirksam vermitteln. Theatralität in der Mediengesellschaft ist sowohl auf der Seite der Mediendiskurse über die Politik wie auf der der politischen Selbstdarstellung ein Grundprinzip politischer Kommunikation geworden. Sie stellt eine wesentliche Herausforderung für angemessene politische Kommunikation und Inhaltlichkeit in unseren gegenwärtigen Mediendemokratien dar.

Rainer Gries/Silke Satjukow

Von Feinden und Helden

Inszenierte Politik im realen Sozialismus

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 53/2003, S. 20–29

■ Die Parteigänger und Propagandisten des Marxismus-Leninismus beschworen eine dichotome Welt: Auf der einen Seite befanden sich Kapitalismus und Militarismus, angeführt von den USA, beherrscht vom Monopolkapital und von den Kriegsherren. Auf der anderen Seite entwickelte sich die Welt des Sozialismus. Hier – im Friedenslager – herrschte die Arbeiterklasse, angeführt von der Sowjetunion. Diese bipolare Wahrnehmung der Welt äußerte sich in ebenso bipolaren Inszenierungen und Personifizierungen: „Feinde“ und „Saboteure“ repräsentierten die dunkle Seite westlicher Machenschaften und Manipulationen, „Freunde“ und „Helden“ hingegen die lichte Sphäre der sozialistischen Zukunft. Ein Drittes, einen Mittelweg, durfte es nicht geben. Dazwischen blieb nur ein rigides Grenzregime: Überschreiten bei Strafe verboten!

Dieter Rucht

Die medienorientierte Inszenierung von Protest

Das Beispiel 1. Mai in Berlin

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 53/2003, S. 30–38

■ Kollektive öffentliche Proteste werden häufig mit Blick auf ihre Wirkung in den Massenmedien inszeniert. Am Beispiel der Veranstaltungen zum 1. Mai 2002 in Berlin wird gezeigt, mit welchen Mitteln Protestgruppen massenmediale Aufmerksamkeit oder gar Zustimmung zu erreichen suchen. Allerdings sind diese Aktivitäten nicht nur auf Außenwirkung hin kalkuliert. Eine weitere wesentliche Funktion der Proteste besteht darin, sich der eigenen kollektiven Identität durch symbolisch-expressive Darstellungsformen zu vergewissern und Grenzziehungen innerhalb wie auch zwischen einzelnen Protestgruppen vorzunehmen.